



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

28. Sitzung vom 4. November 2019

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.15 Uhr

Leitung: Susanna Keller (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Susanne Tribolet, Christoph Maier

Präsidentin:

Susanna Keller

Protokoll:

Sara Selimovic

Begrüssung und Mitteilungen der Präsidentin

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP heisst alle Anwesenden herzlich willkommen. Speziell begrüsst sie alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, Gemeindepräsident Mike Keller, alle weiteren Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Sara Selimovic für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage, sowie alle weiteren Anwesenden der Verwaltung, die Vertreter der Presse und das anwesende Publikum. Entschuldigt sind Christoph Maier, FDP, und Susanne Tribolet, SP. Somit sind 38 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Heute Abend geht eine Karte um, mit der Bitte um Unterschrift von allen anwesenden Parlamentsmitgliedern. Darin befindet sich eine freudige Nachricht: Eine Mitarbeiterin des Einwohnerratsbüros hat einen gesunden Jungen zur Welt gebracht. Des Weiteren wird nochmals auf die Einladung zur Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge „Erweiterung Primarschule Meiriacker“ am 11. November 2019 um 17:00 Uhr im Zentrum Schlossacker aufmerksam gemacht. Die Einwohnerräte sind vom Gemeinderat eingeladen, sich die elf Wettbewerbsbeiträge anzuschauen.

Es gibt eine Verabschiedung. Lukas Götz, FDP, ist per 13. Oktober 2019 aus dem Einwohnerrat zurückgetreten. Er war seit dem 1. Juli 2018 Einwohnerrat und war als Ersatzmitglied in der Spezialkommission Versorgungsregion sowie als stellvertretendes Mitglied in der GRPK engagiert. Ihm wird für sein Engagement gedankt. Da er an der heutigen Einwohnerratssitzung nicht anwesend ist, wird ihm die Verwaltung sein Abschiedsgeschenk postalisch zukommen lassen. Dem scheidenden Ratsmitglied dankt die Einwohnerratspräsidentin nochmals herzlich und wünscht ihm alles Liebe und Gute für die Zukunft.

Des Weiteren wird der Abwart des Kronenmattsaals, Hans Peter Schatz, verabschiedet. Dies ist die letzte Einwohnerratssitzung, an welcher er anwesend ist. Ihm wird herzlich für seine Dienste gedankt und für die Zukunft ebenfalls alles Liebe und Gute gewünscht.

Dafür gibt es heute ein herzliches Willkommen für die neuen Mitglieder. Nachgerückt ist im Einwohnerrat Peter Frauchiger, FDP. Pascal Treuthardt wird später noch etwas zu ihm sagen. Zudem kommen Urs Hauri, Grüne, nachgerückt für Manuela Eichenberger, und Thomas Schwarb, Grüne, nachgerückt für Anand Jagtap, in den Einwohnerrat. Auch hier wird das Wort später an die Fraktionspräsidentin gehen. Die Einwohnerratspräsidentin wünscht den neuen Mitgliedern einen guten Start und viel Freude bei der Arbeit im Einwohnerrat. Für die Neuen wird sie den Abstimmungsablauf später erläutern. Wichtig ist ihr jedoch, dass sie wissen, dass wenn immer sie eine Frage zu einem Geschäft im Einwohnerrat haben, sie sich an den zuständigen Gemeinderat wenden sollen, er ist die Ansprechperson.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 171, Interpellation S. Inäbnit, FDP: Negativzinsen für Fremdkapital

Nr. 178, Anfrage SVP-Fraktion: Islamisches Kulturzentrum in Binningen auf Zielgeraden

Nr. 179, Anfrage B. Büschlen, Grüne: WBA Anteil erneuerbare Energien

Nr. 180, Interpellation SP-Fraktion: Fernwärme mit erneuerbarer Energie

Die Präsidentin informiert, dass die Anfragen am Ende der Sitzung durch die zuständigen Gemeinderatsmitglieder beantwortet werden.

Bereinigung der Traktandenliste

Die Präsidentin teilt mit, dass den Anwesenden folgende Anpassungen der Traktandenliste nach Besprechung im Einwohnerratsbüro vorgeschlagen werden:

- Gesch. Nr. 175: Ersatzwahl von drei stellvertretenden Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission
- Gesch. Nr. 176: Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission
- Gesch. Nr. 177: Dringliches Tischgeschäft „Teilrevision Polizeireglement / Politische Plakatierung“

Die Präsidentin fügt hinzu, dass es am 25. Oktober 2019 zu Geschäft Nr. 177 eine Sitzung unter den Parteipräsidenten gab. Im Nachgang hat der Gemeinderat ein Tischgeschäft verabschiedet, in dem er beim Einwohnerrat beantragt, eine Teilrevision des Polizeireglements zu beschliessen.

Für die neuen Ratsmitglieder wird an dieser Stelle erklärt, dass sie das Abstimmungsgerät sowie die entsprechende farbige Abstimmungskarte bedienen respektive hochhalten sollen. Sie wird die Abstimmung ankündigen und dies wird das Zeichen für den Beginn der 15-sekundigen Abstimmungszeit sein.

ABSTIMMUNG

Änderung der Traktandenliste: 37 JA, 1 nicht abgestimmt (Abstimmung 01)

://: Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 23.09.2019	
2. Ersatzwahl von drei stellvertretenden Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	175
3. Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	176
4. Bericht an den Einwohnerrat vom 28.10.2019 Dringliches Tischgeschäft: Teilrevision Polizeireglement / Politische Plakatierung	177
5. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 19.09.2019 Investitionsausgabe für die Planung eines Werkhofgebäudes, Bericht der BPK	138
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.10.2019 Gründung des Vereins Region Leimental Plus Geschäftskreisführung: Mike Keller	172
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.09.2019 Investitionsausgabe für Strassenkorrektur am Neubadrain Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	173

8.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019 Motion SVP-Fraktion: Abfallgebühren müssen gesenkt werden Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	144
9.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.09.2019 Postulat P. Bräutigam, CVP: Teilnahme der Gemeinde am Clean-Up-Day Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	146
10.	Bericht des Gemeinderats vom 15.10.2019 Interpellation B. Büschlen, Grüne: Raumsituation Kindergarten Schlossacker Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	156
11.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.09.2019 Postulat St. Appenzeller, SP: Ausstieg aus der Versorgung mit Erdgasnetz zur Wärmezeugung in Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	158
12.	Bericht des Gemeinderats vom 19.10.2019 Arealentwicklung Hauptstrasse Nordwest, Verkauf Liegenschaft Hauptstrasse 14 (Parzelle 443) Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	174
13.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 23.09.2019

Der Präsidentin sind bislang keine Änderungsanträge eingegangen und im Einwohnerratsbüro ist das Protokoll genehmigt und verabschiedet worden. Sie fragt die Ratsmitglieder, ob noch Änderungswünsche vorliegen. Das ist nicht der Fall.

://: Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Nr. 175

Ersatzwahl von drei stellvertretenden Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

VORSTELLUNG DER WUNSCHKANDIDATEN

Beatrice Büschlen, Grüne teilt mit, dass die Grünen als Ersatzmitglieder in die GRPK Urs Hauri und Thomas Schwarb vorschlagen.

Pascal Treuthardt, FDP schlägt vor, das neuste Mitglied der Fraktion, Peter Frauchiger, als Ersatzmitglied in die GRPK zu wählen. Er erwähnt zudem, dass Peter Frauchiger seit eineinhalb Jahren in Binningen wohnt und bei der BLKB in Liestal arbeitet.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: 1. Für die restliche Amtsperiode werden Urs Hauri, Grüne, Thomas Schwarb, Grüne, und Peter Frauchiger, FDP, als stellvertretende Mitglieder in die GRPK gewählt.

Traktandum 3

Nr. 176

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission

VORSTELLUNG DES WUNSCHKANDIDATEN

Beatrice Büschlen, Grüne äussert, dass die Grünen Luzia Sutter Rehmann als Ersatzmitglied in die BPK vorschlagen.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: 1. Für die restliche Amtsperiode wird Luzia Sutter Rehmann, Grüne, als stellvertretendes Mitglied in die BPK gewählt.

Dringliches Tischgeschäft: Teilrevision Polizeireglement / Politische Plakatierung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Bettina Benthous, SP bedankt sich beim Gemeinderat, dass diese Vorlage noch vor den Kommunalwahlen auf den Tisch kommt. Sie ist als Motionärin hocherfreut, dass das jetzt doch noch klappt. Es ist schade, dass nicht alle Parteien bei der besagten Sitzung des Gemeinderats anwesend waren, wo alle informiert wurden. Sie bedauert, dass somit kein Gentleman Agreement beschlossen werden konnte und das Geschäft nun an der Einwohnerratssitzung beraten werden muss. Einige haben bemängelt, dass es zu wenig Plakatstandorte geben wird, aus ihrer Sicht sind das schon zu viele. Sie wäre froh, man würde das gar nicht mehr machen. Aber der Gemeinderat sucht noch nach weiteren Standorten und nach weiteren Möglichkeiten und die Rednerin ist überzeugt, dass noch ein paar Standorte gefunden werden, wo die Plakate angebracht werden können. Mit der Verteilung der Plakatierungsstandorte kann die Partei leben. Die SP stimmt dem zu und auch die Vorschläge, dass man Flyer aufstellen und allenfalls auch Werbespots im Regional-TV aufschalten kann, finden alle toll. Es geht nochmals ein grosses Dankeschön raus und die Bestätigung, dass die SP der Teilrevision des Polizeireglements zustimmt.

Andrea Alt, CVP merkt an, dass auch die CVP sehr froh darum ist, dass der Gemeinderat dieses Geschäft noch vor den Kommunalwahlen bringt, wenn auch als dringliches Tischgeschäft. Sie hoffen sehr, dass es nicht daran scheitern wird. Um es vorne hinweg zunehmen, teilt die Rednerin mit, dass die CVP-Fraktion allen drei Anträgen zustimmen und auf eine zweite Lesung verzichten wird. Über das Ortsbild, welches Binningen in den letzten Wochen und auch schon zu früheren Wahlzeiten abgegeben hat, müsse man nicht diskutieren. Mittels Postulat wurde zusammen mit der Motion der SP auf die Problematik aufmerksam gemacht, die aber von Seiten Gemeinde bereits wahrgenommen und durch die Überweisung an der letzten Sitzung vom Einwohnerrat ebenfalls bestätigt wurde. Die vorgeschlagene Teilrevision des Polizeireglements wird von Seiten CVP begrüsst. Ein Gentleman Agreement wäre zwar wünschenswert gewesen, aber es besteht leider die Befürchtung, dass es ohne gesetzliche Verankerung nicht bzw. noch nicht funktionieren würde. Der Gemeinderat hat den Parteipräsidien eine künftige Lösung vorgestellt. Alle anwesenden Vertreter der Parteien waren einverstanden und haben den Vorschlag mit Plakatstellen an diversen Orten in Binningen begrüsst. Es wäre schön, wenn sich noch eine zusätzliche Möglichkeit, eventuell mit Bodenhülsen, ergeben würde. Die Fraktion bedankt sich für die zusätzlichen Angebote seitens Gemeinde. Das Debriefing nach den Wahlen wird begrüsst und die Rückmeldungen mit Spannung erwartet. Die CVP freut sich auf einen fairen und attraktiven Wahlkampf im 2020.

Roman Oberli, SVP teilt mit, dass die SVP-Fraktion über das Ergebnis der Zusammenkunft der Parteien erstaunt ist. An der letzten Einwohnerratssitzung war während der Behandlung der beiden diesbezüglichen Geschäfte zu vernehmen, dass ein Kompletterbot der Wildplakatierung vom Tisch sei und jetzt liegt so ein Kompletterbot vor. Die SVP-Fraktion wird sich deshalb der Stimme enthalten.

Daniel Setz, FDP erzählt vom Kampf um die besten Plakatplätze, den steigenden Kosten für die Parteien und der grossen Organisation. Kurz, sagt der Redner, die Massenschlacht hat Ausmasse angenommen, welche so nicht weiter von der Bevölkerung akzeptiert werden. Es geht ein Dank an den Gemeinderat und vor allem an Mike Keller für seine Federführung und die Erkennung des Problems sowie für die pragmatische Vorgehensweise, die jetzt zu einer möglichen Lösung geführt hat. Die vorgelegte Teilrevision des Polizeireglements mit dem Vorschlag von zehn öffentlichen Plakatstellen, die Nutzung von der

Homepage der Gemeinde und dem Prospektständer ist nicht optimal, aber es ist es wert, diesen Weg einzuschlagen und dieser Plakatschlacht ein Ende zu setzen. Der Redner erinnert daran, dass schon in der letzten Einwohnerratssitzung erwähnt wurde, dass eine freie Meinungsbildung in einer direkten Demokratie sehr wichtig ist. Die verschiedenen Wähler, jung bis alt, müssen die Möglichkeit kriegen, sich gut zu informieren. Hierzu gehören in der heutigen Zeit nicht nur das Internet und Flyer, sondern auch Plakate. Deshalb wünscht die FDP, dass es mehr als zehn öffentliche Plakatstellen geben wird. Sie denken, dass 15 Plakatstellen möglich sein sollten. Weiter spricht der Redner den Wunsch aus, dass nicht das Los über die Möglichkeit entscheidet, an einer Plakatstelle vertreten zu sein, sondern, dass alle Parteien an allen Plakatstellen vertreten sind. Es ist wichtig und richtig, dass dieses Geschäft befürwortet wird. Es ist aber ebenfalls wichtig, dass nach den Kommunalwahlen, wie vorgesehen, eine kritische Revision stattfindet, um dieses Konzept konstant zu verbessern. Der Redner beendet sein Votum mit der Information, dass die FDP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderats mehrheitlich zustimmen wird.

Beatrice Büschlen, Grüne will es kurz machen. Sie teilt mit, dass die Grüne Fraktion die Anträge des Gemeinderats unterstützen wird. Mit den erarbeiteten Vorschlägen und dem zukünftigen Konzept kann sich die Fraktion anfreunden. Die Umsetzung wird gespannt erwartet und die Rednerin fügt hinzu, dass ein Feedback seitens Verwaltung am Anfang der kommenden Legislatur oder nach den Wahlen und eine Einladung des Gemeinderats für eine Nachbesprechung erwünscht werden.

Gemeinderat Mike Keller, FDP bedankt sich für das Verständnis für diese Hauruck-Aktion sowie für die positive Aufnahme. An der letzten Einwohnerratssitzung wurde noch erwähnt, dass die Parteipräsidien zu einem Gespräch betreffend diesem Thema eingeladen wurden und dass ursprünglich ein Gentleman Agreement mit den Parteien abgeschlossen werden sollte. Bei der vertieften Überdenkung dieser Lösung hat sich jedoch gezeigt, dass an den Wahlen nicht nur die Parteien, sondern auch Einzelpersonen teilnehmen dürfen. Ausserdem ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar, welche Parteien sich schliesslich am Wahlkampf in Binningen beteiligen werden. Die Gefahr, dass sich die Parteien, die bei einem solchen Gentleman Agreement unterschrieben hätten, sich daran halten und jene, die nicht dabei waren und welche auch nicht dazu eingeladen waren, wie ursprünglich plakatieren, gibt einen Druck und führt am Schluss trotzdem zu einem herkömmlichen Bild. Deshalb wurde mit Liestal eine Lösung gesucht, mit welcher es bis zu den Wahlen möglich ist, ein neues Bild von Binningen im Rahmen von Abstimmungen und Wahlen umzusetzen. Dort wurde erkannt, dass, wenn es an der heutigen Sitzung gelingt, so eine Änderung des Polizeireglements zum Verbot des Wildplakatierens, nachdem die Referendumsfrist abgelaufen ist, allen Parteien noch vor der Abgabe, dem Umdrucken oder ähnlichem, die definitive Meldung gegeben werden kann. Der Gemeindepräsident widmet sich nun den eben geäusserten Aspekten. Er teilt mit, dass zusammen mit den Parteivertretenden an der Besprechung darüber geredet wurde, was sich punkto zusätzlicher Plakatstellen anbieten lässt. Momentan wird mit der Verwaltung nach einer Lösung gesucht und wie der grösstmögliche Service für die Parteien zur Verfügung gestellt werden kann. Es wird nach möglichen Orten gesucht, die einen entsprechenden Publikumsverkehr aufweisen und auch die Rahmenbedingungen zum Aufstellen von solchen Informationstafeln erfüllen. Weiter wird daran gearbeitet, die im Geschäft vorgestellten Zusatzangebote vorzubereiten. Dies beinhaltet die Aufbereitung eines Schreiben an die Parteien, wie man sich auf der Gemeindehomepage einbringen kann, wie das mit dem Prospektständer aussieht, der zur Verfügung gestellt werden will, und auch die verschiedenen Anlässe, an denen die Parteien die Möglichkeit haben sollen, sich und ihre Vertreter zu präsentieren. Mit der Genehmigung der Änderung des Polizeireglements wird nicht nur eine Korrektur oder eine Neuausrichtung für die Wahlen bestimmt, sondern grundsätzlich das Plakatieren bei Wahlen und Abstimmungen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat vorgeschlagen, dass nach den Kommunalwahlen, die am 9. Februar 2020 stattfinden werden, und mit allergrösster Wahrscheinlichkeit auch parallel dazu Abstimmungen stattfinden, mit allen Beteiligten ein Gespräch stattfinden wird, um gemeinsam das Geschehene kritisch zu analysieren. Aufgrund von den Erfahrungen wird man das Konzept allenfalls auch nachjustieren oder ergänzende Massnahmen ergreifen können. Der Redner fasst abschliessend zusammen, dass bei einem positiven Ergebnis an der heutigen Sitzung, die Möglichkeit be-

steht, dass bis zu den Kommunalwahlen 2020 ein Wildplakatieren auf öffentlichem Grund unterbunden werden kann und mit den neuen offiziellen Plakatstellen die Informationen verbreitet werden können.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP schreitet zur Synopse des Polizeireglements Binningen fort, welche eine Erweiterung bedeutet. Im § 14 wird ein ergänzender § 14a angefügt. Dieser lautet wie folgt:

§ 14a Temporäre Reklame für Wahlen und Abstimmungen

¹ Temporäre Reklamen für Wahlen und Abstimmungen sind auf Privatareal sowie offizielle Anschlagstellen der Gemeinde beschränkt. Wildes Plakatieren ist verboten.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 24 JA / 1 NEIN / 10 Enthaltungen / 3 nicht abgestimmt (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: Der § 14a wird vom Einwohnerrat angenommen.

Leerlauf Abstimmung (Abstimmung 03)

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP erinnert die Ratsmitglieder daran, dass bei einer Teilrevision laut § 4 Abs. 1 Satz 2 nicht zwingend eine zweite Lesung durchgeführt werden muss. Es kann also auf eine zweite Lesung verzichtet werden.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 29 JA / 9 Enthaltungen (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat verzichtet auf eine zweite Lesung.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP schreitet zu den Anträgen in der Vorlage fort.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: 27 JA / 1 NEIN / 10 Enthaltungen (Abstimmung 05)

Antrag 2: 27 JA / 11 Enthaltungen (Abstimmung 06)

Antrag 3: 28 JA / 10 Enthaltungen (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Polizeireglements.
- ://: 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das revidierte Polizeireglement nach der Genehmigung durch den Kanton in Kraft zu setzen.
- ://: 3. Das Postulat 137 der CVP, sowie die Motion 135 der SP werden als erledigt abgeschrieben.
-

Traktandum 5

Nr. 138

Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 19.09.2019

Investitionsausgabe für die Planung eines Werkhofgebäudes, Bericht der BPK

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP erwähnt, dass es im Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat einen Punkt gibt, der die Kosten und Finanzierung vom neuen Werkhof aufzeigt. Dort wird mit einem Verkauf vom bestehenden Gelände an der Parkstrasse für CHF 5 Mio. gerechnet. Für die SP ist überhaupt nicht klar, was mit dem Werkhof auf dem bestehenden Areal passiert. Die BPK hat in einem kurzen Satz in ihrem Bericht aufgenommen, dass die finanzielle Erwähnung über einen eventuellen Verkauf kein Bestandteil von diesem Geschäft ist. Dieses Geschäft will mit einem Vorprojekt Plus eigentlich eine Planung machen und eine Kostengenauigkeit von +/- 10 % erreichen. Die Rednerin möchte nun etwas zum Standort sagen und teilt mit, dass die SP-Fraktion den Standort nicht als optimal ansieht, ihm jedoch mangels einer geeigneten Alternative trotzdem zustimmen würde. Die Erschliessung des Werkhofs ist sehr problematisch. Leute, die kein eigenes Auto haben, müssten ein Taxi nehmen oder jemanden bitten, sie hoch zu fahren, denn ohne Auto gestaltet sich das Hochbringen von schweren Gegenständen sehr problematisch. Die SP möchte darauf hinweisen, dass auch mit der Erweiterung des Ruftaxibetriebs das Problem mit der Erschliessung des Bruderholzes nicht gelöst ist. Abschliessend gibt die Votantin bekannt, dass die SP diesem Geschäft zustimmen und die Investitionsausgabe von CHF 230'000 bewilligen wird.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP teilt mit, dass vor lauter Wechsel von einem Traktandum zum anderen, übersehen wurde, dass dies ein Geschäft der BPK ist und Daniel Zimmermann als Präsident der Kommission sein Votum noch abgeben sollte.

Daniel Zimmermann, FDP meint, seine Kollegin habe schon alles gesagt. Da sich diese Aussagen mit den Empfehlungen der BPK decken, kann er sich kurz fassen. Er bedankt sich im Namen der BPK beim Rat für die Gelegenheit, dass dieses bedeutungsvolle Projekt im Detail besprochen werden kann. Der Redner teilt mit, dass es sich hierbei eigentlich um die Planungssicherheit für eine relativ grosse Investition von ca. CHF 9 Mio. handelt, welche vom Volk bewilligt werden muss. Da der vorgeschlagene Standort eine der zentralen Fragestellungen war, hat sich die BPK sehr intensiv um dieses Thema gekümmert. Die Kommission stellt grundsätzlich fest, dass der Gemeinderat mit einer zweiten Machbarkeitsstudie im 2018 eine sehr tiefe Betrachtung gestellt und auf viele Fragen eine Antwort erarbeitet hat. Der Kommis-

sionspräsident erinnert daran, dass die zentralen Fragestellungen und Abklärungen der BPK im vorliegenden Bericht nachgelesen werden können und er deshalb nicht im Detail darauf eingehen wird. Nach längerer Beratung hat sich schnell gezeigt, dass für den Werkhof der Gemeinde Binningen grosser Handlungsbedarf besteht und die Gemeinde Binningen für dessen Mitarbeitende bessere Arbeitsbedingungen anbieten muss. Für die betriebliche Optimierung mit der Zusammenlegung des Werkhofs, der Gärtnerei und des Friedhofs sind die Mitarbeiter bereit und motiviert. Jetzt müssen nur noch die optimalen baulichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Weiter erläutert der Redner, dass die Dienstleistungen der Werkbetriebe von der Bevölkerung sehr geschätzt werden und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Die BPK Kommission ist der einstimmigen Überzeugung, dass der Gemeinderat ein gutes Projekt ausgearbeitet hat und empfiehlt dem Einwohnerrat, den Anträgen zuzustimmen.

Beatrice Büschlen, Grüne möchte kurz die Einwände zum neuen Standort aufzählen. Die Grüne Fraktion ist immer noch der Ansicht, dass zuerst die Studie zur Planung Spiesshöfli und die Liegenschaftsstrategie abgewartet werden sollten. Ausserdem sind zurzeit sehr viele Bauprojekte in Arbeit und deshalb hat ein Werkhof nicht dieselbe Priorität, wie der Schulraum. Im Bericht der BPK wird mit der schlechten Zonenkonformität argumentiert. Ein Gewerbe, ein Werkhof, aber auch ein lauter Sportplatz werden in einem Wohnquartier zonenfremd sein bzw. werden, das Land kann schliesslich nicht einfach vergrössert werden. Der neue Standort und auch die Erschliessung mit dem ÖV, erörtert die Rednerin, sind mit dem Ruftaxi nicht optimiert worden. Sicher ist ausserdem nicht, ob das Ruftaxi die Wertstoffe zur Entsorgung auf dem Werkhof überhaupt mittransportieren würde. Die Erschliessungs- und Entsorgungsproblematik, auch hinsichtlich Öffnungszeiten, ist für die Grüne Fraktion noch nicht abgeschlossen. Sie wird zu gegebener Zeit nochmals darauf zurückkommen. Es wurden sich auch Gedanken gemacht zur unmittelbaren Nähe zur Kirche und zum Friedhof. Nach Aussage von den Kirchenvertretern stellt der Werkhofstandort in unmittelbarer Nähe zum Friedhof und zur Kirche kein Problem dar. Die Kirchenvertreter stehen dem Projekt wohlwollend gegenüber. Dies wird so zur Kenntnis genommen. Die Bedenken der Fraktion hinsichtlich der Schadstoffe im Boden wurde von der BPK aufgenommen. Es empfiehlt sich jedoch, die finanziellen Konsequenzen der Bodenbelastung durch Schadstoffe aufzuzeigen. Die Fraktionspräsidentin gibt bekannt, dass sich die Fraktion von der Tatsache, dass der alte Werkhof nicht nachhaltig sanierbar ist, hat überzeugen lassen. Von effizientem und sicherem Arbeiten kann überhaupt nicht die Rede sein. Aus diesen Gründen wird die Grüne Fraktion dem Planungskredit mit wenig Begeisterung zustimmen. Das Projekt, aber auch der Zugang für die nicht mobile Bevölkerung und die Entsorgungsmöglichkeiten würden weiterhin im Auge behalten werden.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich im Namen der CVP-Fraktion bei der BPK für ihren Bericht. Aus Sicht eines Kommissionsmitglieds geht auch ein herzlicher Dank für den angenehmen und aufschlussreichen Informationsaustausch an die Gemeinderätin Caroline Rietschi, die externen Fachpersonen und die Verwaltungsmitarbeitenden. Hauptsächlich haben die beiden Besichtigungen des bestehenden Werkhofs und des neuen möglichen Standorts vis-à-vis der katholischen Kirche zur persönlichen Meinungsbildung viel beigetragen. Der Redner findet, dass alle wichtigen Erkenntnisse im Bericht bereits erwähnt sind. Die folgenden Tatsachen bekräftigen den Entscheid der CVP-Fraktion: Der heutige veraltete Werkhof muss sowieso in Zukunft erneuert werden. Also wird an der Parkstrasse Platz für eine neue Wohnüberbauung in der Wohnzone für neue Investoren geschaffen. Für die CVP-Fraktion war der neu gewählte Standort für den neuen Werkhof nicht der idealste Standort. Die Suche nach einem besseren Standort in Binningen hat jedoch klar ergeben, dass es gar keine bessere Möglichkeit gibt. Auch eine angedachte mögliche Verlegung der Bauverwaltung ist bereits vom Gemeinderat klar verworfen worden. Mit der geschlossenen Innenhofarchitektur wird keine unangenehme Störung in Bezug auf die Kirche und die Besucher des Friedhofs erwartet. Die CVP-Fraktion stellt sich einstimmig hinter die Empfehlung der BPK und wird beiden Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Der Redner wünscht jedoch, dem Gemeinderat noch einige Gedanken mit auf den Weg geben zu dürfen. Der Weg zum Werkhof ist sehr dezentral und nicht für alle leicht und bequem erreichbar. Es wird, wie im Bericht der BPK erwähnt, empfohlen, sich für das bestehende Teilangebot der Entsorgung für beispielsweise Altöl oder Tierkadaver für die nicht motorisierte Bevölkerung andere Möglichkeiten zu überlegen. Der Votant will hierzu

noch erwähnen, dass bereits ein Taxibetrieb bewilligt wurde. Es geht zwar noch eine Zeit, bis der neue Werkhof steht, aber man sollte den Ruftaxibetrieb dann unbedingt aufrechterhalten. Ein Ersatzplatz für eine neue Entsorgungsstelle kann in der Parkstrasse vorgesehen werden, wenn der Werkhof wegzieht. Bei einer eventuellen Zonenänderung des alten Werkhofstandorts muss der Mehrwert der Parzelle transparent in die Gemeindekasse fließen. Das Land, auf dem der Werkhof steht, darf nicht ohne das Wissen und die Einwilligung durch den Einwohnerrat verkauft werden, aufgrund Prüfung eines eventuellen Baurechts. Weiter wird gewünscht, dass die Bodenbelastung am alten Standort geprüft und ihr erhöhte Beachtung geschenkt wird.

Marc Schinzel, FDP berichtet, dass sich die FDP-Fraktion einstimmig für dieses Geschäft und damit die Investitionsausgabe von CHF 230'000 für die Planung eines Werkhofgebäudes ausspricht. Die FDP-Fraktion dankt dem Präsidenten der BPK für den guten Bericht und ein Dank geht ebenfalls an den Gemeinderat und speziell die zuständige Gemeinderätin sowie der Verwaltung für die sorgfältige Vorarbeit, welche vor allem von jenen festgestellt werden konnte, die in der BPK dabei waren. Es wurde sorgfältige Arbeit geleistet, man konnte sich mit den Machbarkeitsstudien 2014 sowie 2018 auf gute Grundlagen stützen. Die FDP-Fraktion war zunächst aufgrund des Standorts diesem Projekt gegenüber auch eher skeptisch, aus Gründen, die schon erwähnt worden sind. Im Rahmen der Arbeiten konnte aber vergewissert werden, dass es keinen anderen geeigneten Standort gibt und die Werkhofthematik nicht anders gelöst werden kann, denn der bestehende Werkhof genügt hinten und vorne nicht mehr. Dies konnte mit einem Augenschein festgestellt werden. Die Arbeitsverhältnisse sind, so der Redner, prekär. Die Dienstleistungen können nicht mehr so gut erbracht werden, wie sie erbracht werden sollten. Weiter wurde geprüft, ob eine Auslagerung möglich wäre, aber auch da musste gesagt werden, dass eine Auslagerung keine Option ist. Andere Gemeinden, die dies versucht haben, haben es wieder rückgängig gemacht. Der Kontakt zur Bevölkerung ist dann nicht mehr gewährleistet, genauso wie die Qualitätskontrolle. Weiter argumentiert der Votant, dass der Standort beim Friedhof der einzige verfügbare ist, wo gearbeitet werden kann. Mit der Kirche wurde Kontakt aufgenommen, was von der FDP-Fraktion sehr begrüsst wird und es konnte festgestellt werden, dass sehr viel Aufwand betrieben wird, um ein Projekt zu erschaffen, welches den Anforderungen von diesem speziellen Standort gerecht wird. Die FDP-Fraktion betont aber, dass es sich hierbei um einen Planungskredit handelt. Sie will mit diesem Planungskredit eine grössere Genauigkeit bewirken und genau schauen, wie es um die Verkehrssituation und die Lärmbelastung steht. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass in dieser Hinsicht weiterhin sehr sorgfältig gearbeitet und sehr gute Lösungen gefunden werden. Dies würde dann mit den gegebenen Vorlagen nochmals überprüft werden. Den endgültigen Entscheid behält sich die FDP-Fraktion vor, bis die finalen Vorlagen da sind. Der Redner bedankt sich erneut bei allen Beteiligten und verfolgt dieses Projekt weiterhin mit Interesse.

Urs Weber, SVP teilt mit, dass dieses Projekt an der Fraktionssitzung besprochen wurde und er sich die wichtigen Eckpunkte notiert hat, wobei nun bereits alles erwähnt wurde. Die SVP-Fraktion findet, dass es zu diesem Zeitpunkt noch nicht nötig ist, sich Gedanken um die nicht motorisierte Bevölkerung zu machen und wie diese ihre Steine zum Werkhof fahren kann. Im Moment geht es nur um den Planungskredit und um nichts anderes. Das Ziel ist es, zu erfahren, wie viel dieses Projekt kostet und der Redner äussert, dass die SVP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderats zustimmen wird.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für den tollen Bericht der BPK und die Anerkennung der geleisteten Arbeit. Sie findet es toll, dass der Einwohnerrat so zufrieden ist, mit dem, was erarbeitet wurde. Die Gemeinderätin denkt, es sei alles gesagt worden. Bei diesem Projekt ist nicht alles optimal, aber es ist nicht immer alles optimal im Leben und nun wurde das Bestmögliche herausgeholt. Die geäusserten Anregungen werden sehr gerne aufgenommen, sei das die Frage der Erschliessung, wobei das Taxi wohl nicht die ideale Lösung für die Entsorgung von Schutt ist, aber auch die Frage betreffend Alternativen für die Entsorgung von Bauschutt, Tierkadavern, etc. Das sind alles Sachen, die geprüft werden. Die Gemeinderätin stimmt Urs Weber in der Sache zu, dass es momentan einzig und allein um den

Planungskredit geht und drückt ihre Freude aus, dass der Einwohnerrat diesem so einhellig zustimmen will.

ABSTIMMUNG

Antrag 2: 37 JA / 1 not voted (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Machbarkeitsstudie «Neubau Werkhof Binningen» vom Dezember 2018.
- ://: 2. Der Einwohnerrat bewilligt eine Investitionsausgabe von CHF 230 000 inkl. MwSt. mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent für die Erstellung eines Vorprojekt Plus für einen Werkhofneubau.
-

Traktandum 6

Nr. 172

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.10.2019

Gründung des Vereins Region Leimental Plus

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrix Bürgin, SVP teilt mit, dass die Gründung des Vereins Region Leimental Plus von der SVP-Fraktion vollumfänglich unterstützt wird. Die Zusammenarbeit mit den bereits bekannten Mitgliedergemeinden wird begrüsst. Abgesehen von den jetzigen Themenbereichen Raum- und Verkehrsplanung sowie Alter und Pflege werden noch mehr Aufgaben auf die Gemeinden zukommen. Durch diesen Verein können die Interessen und Anliegen des unteren Baselbiets gebündelt nach Liestal gebracht werden. Trotzdem möchte die Rednerin noch ein paar Fragen stellen, die sich beim Lesen der Vorlage aufgetan haben. In der Vorlage ist von einer separaten Geschäftsordnung die Rede und die SVP-Fraktion fragt sich, wo diese zu finden ist, ob sie noch nachgeliefert wird oder ob sie überhaupt schon existiert. Weiter liegt die Frage im Raum, wer die ganze Koordination übernimmt. Im Binninger Anzeiger hat die Votantin gelesen, dass ein Geschäftsführer erwähnt wurde und fragt sich, wie hoch die Entschädigung für diesen sein soll. Abschliessend wird mitgeteilt, dass die SVP-Fraktion, wie anfangs erwähnt, die Vereinsgründung unterstützt und beiden Anträgen zustimmen wird.

Sven Inäbnit, FDP betont, dass das Geschäft Nr. 172 ein wichtiges Geschäft ist, auch wenn es im ersten Augenblick vielleicht nicht so wirkt. Der formelle Zusammenschluss der Region Leimental Plus ist für die Bevölkerung im Leimental wirklich wichtig und speziell auch für Binningen. Es ist Tatsache, dass die anderen Regionen im Kanton schon ein deutlich besseres Lobbying betrieben haben und es ist dringend notwendig, dass wir jetzt diesen Zusammenschluss formell machen und später als Region, so wie es auch gedacht ist, auftreten. In diesem Sinn, teilt der Redner mit, ist die FDP ganz klar dafür, dass man dies vollzieht und diesen Zusammenschluss macht. Es gibt jedoch drei Punkte, die der FDP-Fraktion sehr wichtig sind und welche sie äussern will. Erstens muss die Autonomie von Binningen, so ist es auch in den Statuten vorgesehen, in der Zukunft gewährleistet sein. Binningen soll immer noch selber entschei-

den können, ob ein regionales Projekt genau seinen Bedürfnissen entspricht und allenfalls eine eigene Lösung finden können, falls sich dies als besser herausstellt. Dies ist in den Statuten so vorgesehen, aber es ist ein ganz wichtiger Punkt, in dem die Fraktion nicht bereit ist, Binningen zu stark in der Region bei gewissen Projekten zu verpflichten. Zweitens wird eine ultraschlanke Geschäftsstelle gewünscht. Es gibt in den Gemeinden verschiedene Strukturen, welche gewisse Aufgaben übernehmen können und deshalb muss und soll die Geschäftsstelle nicht aufgebläht werden. Dass es eine zentrale Anlaufstelle gibt, ist vollkommen okay, jedoch wünscht sich die FDP-Fraktion eine wirklich sehr schlanke Geschäftsstelle, die nicht Jahr für Jahr ausgebaut wird. Drittens ist die Zusammenarbeit mit ausserhalb liegenden Ortschaften sehr wichtig. Das Leimental geht auf der einen Seite auch in den Kanton Solothurn über, was im Raumkonzept Leimental auch schon berücksichtigt wurde, aber auf der anderen Seite gibt es noch eine andere wichtige Gemeinde, respektive eine Gemeinde mit Kantonsstatus und das ist Basel-Stadt, welche aus binninger Sicht in regionalen Überlegungen ein wirklich wichtiger Partner ist. Es ist der FDP-Fraktion ein grosses Anliegen, dass dann in der Region Leimental Plus in möglichen Situationen mit diesen Partnern, allenfalls sogar über die Landesgrenze hinaus, zusammengearbeitet und kooperiert wird.

Karl J. Heim, CVP erklärt, dass die CVP-Fraktion die Idee der Gründung des Vereins grundsätzlich für sinnvoll hält und dieser deshalb zustimmen wird. Der Redner will aber klarstellen, dass das Subsidiaritätsprinzip für die unterste Ebene, sprich die Gemeinden, meistens die zweckmässigste Lösung ist, aber es durchaus Aufgaben geben kann, bei denen es sinnvoll ist, sie in einem übergeordneten Gefäss unterzubringen, in diesem Fall dem Verein. Die Aufgabenpalette, die der Gemeinderat skizziert hat, findet die CVP-Fraktion gut und der Verein scheint die geeignete Plattform hierfür zu sein. Besonders positiv ist aus Sicht der Fraktion die gemeinsame Lösung von offenen Fragen und Problemen der neun teilnehmenden Gemeinden zu werten, hier kann auch Geld eingespart werden. Der Redner vermeidet bewusst das in aller Welt leidige Wort Synergien, welches seiner Meinung nach nichts aussagt. Die Kosten, die wohl vor allem bei der Geschäftsstelle anfallen werden, sollen im Budget mit einem jährlichen Beitrag, der einem Franken pro Einwohner der involvierten Gemeinden entspricht, gestützt werden. Hierzu gibt es auch noch einige Fragen, die in die Richtung des Gesagten der FDP-Fraktion gehen, aber vor allem in Richtung dessen, was Einwohnerrätin Beatrix Bürgin angesprochen hat. Die CVP fragt sich nämlich, welche Summe dieser Franken pro Einwohner der Gemeinden ungefähr ausmacht, welche Kosten die Geschäftsstelle im Jahr etwa generieren wird und ob neben der Geschäftsführung, die es wahrscheinlich geben wird, die Einstellung von weiterem Personal geplant ist. Weiter fragt der Redner, was mit allfälligen Überschüssen der Geschäftsstelle passieren wird. Ob diese den Gemeinden zurückvergütet werden oder dieses Geld in das Budget der Geschäftsstelle fliesst. Die CVP stimmt mit dem Vorbehalt zu, dass befriedigende Antworten auf diese Fragen geliefert werden.

Thomas Schwarb, Grüne beginnt seine erste Wortmeldung als Einwohnerrat mit der Information, dass die Grüne Fraktion diese Zusammenarbeit sehr begrüsst und sich für die geleisteten Vorarbeiten und gelieferten Informationen bedankt. Als Botschaft an seine Ratskolleginnen und Ratskollegen möchte der Redner erwähnen, dass die wesentlichen Kosten nicht die Geschäftsleitung oder der besagte Franken pro Einwohner sein werden, sondern die Projektkosten, die anfallen. Weiter wird kommuniziert, dass die Fraktion die Themen, die bearbeitet werden sollen, begrüsst, jedoch fänden sie es als Grüne Fraktion schön, wenn auch der Natur- und Landschaftsschutz vorkommen würde, denn auch dieser endet nicht an der Gemeindegrenze. Ebenso die Energie, hier wird zum Beispiel an die Wärmeversorgung gedacht. Dies sollten auch Geschäfte sein, die genauso prioritär behandelt werden. Obwohl gesagt wurde, das Wort Synergien sage nichts aus, kommt es dennoch zur Freude der Fraktion in den Unterlagen vor und hieraus ergibt sich die erste Frage der Grünen: Wie schlagen sich diese Synergien nieder? Heisst das, dass dafür die Gemeindeverwaltungen personelle Kosten sparen können, wenn der Verein ursprüngliche Gemeindeaufgaben übernimmt? Weiter ist ein regelmässiges Reporting des Vereins vorgesehen. Es wird jedoch nicht erwähnt, wie der Einwohnerrat unterrichtet werden soll. Es ist erwünscht, dass der Einwohnerrat ebenfalls halbjährlich oder jährlich eine Berichterstattung über die Tätigkeiten des Vereins erhält.

Karin Müller, SP verkündet, dass auch die SP-Fraktion die Gründung des Vereins Region Leimental Plus begrüsst und beiden Anträgen zustimmen wird. Es ist für die Gemeinde sicher von wirksamem Interesse, im regionalen Verbund aufzutreten anstatt als Einzelkämpferin und auch die Vorgaben des Gesetzgebers können besser und effizienter umgesetzt werden. Deshalb ist es sinnvoll, dass man mit diesem Verein der bisher informellen Zusammenarbeit mehr Nachdruck verschafft aber gleichzeitig die Autonomie der Gemeinde erhält. Die Finanzierung mit Fixkosten und separaten Projektkosten erscheint sinnvoll und die vorgesehenen Fixkosten von einem Franken pro Gemeindegewohner kommen gut an. Für die Gemeinde Binningen bedeutet das nach Berechnung der Votantin, dass ein Betrag von +/- CHF 15'000 fällig werden würde, was der SP-Fraktion genauso angemessen erscheint, wie die Gewichtung des Mitspracherechts von zwei Stimmen, welches die Gemeinde Binningen aufgrund ihrer Grösse in der Mitgliederversammlung haben wird. Die Rednerin fragt, wo sich diese Geschäftsstelle und der Sitz des Vereins befinden sollen und wie gross das Pensum der Geschäftsleitung sein wird. Mit dem Verein Leimental Plus wird die Region Leimental um die Gemeinden Allschwil und Schönenbuch erweitert, nicht dabei sind aber die Solothurner Gemeinden im Leimental. Die SP-Fraktion fände es sinnvoll, wenn man auch die Solothurner Gemeinden einbeziehen würde, analog zur regionalen Raumplanung. Nun stellt sich die Frage, ob man diese Gemeinden angefragt hat oder ob schon von vornherein klar war, dass man diesen Verein ohne sie gründet und welche Überlegungen in diesem Fall hinter diesem Entscheid gestanden sind. Gemäss Statuten besteht die Möglichkeit, einen Beobachterstatus für andere Gemeinden zu schaffen, aber die Rednerin fragt sich, ob man bereit wäre, diesen Gemeinden in Zukunft auch den Beitritt mit Stimmrecht zu ermöglichen. Der Gemeinderat weist auf Aufgaben hin, welche der Kanton schon an die Region übertragen hat, beispielsweise den Bereich Alter und Pflege. Binningen hat sich diesbezüglich mit Allschwil und Schönenbuch zusammengetan, was nicht direkt mit dieser Vorlage zu tun hat, jedoch fände es die Fraktion analog sinnvoll, dort die Zusammenarbeit in Richtung Leimentaler Gemeinden zu erweitern.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bedankt sich für die positive Aufnahme des Einwohnerrats und die gestellten Fragen, die er nun versucht zu beantworten. Die Koordination des Vereins soll über eine Geschäftsstelle laufen, den Geschäftsführer könne man auch Koordinator nennen. Dieser hat die Aufgabe, die einzelnen Arbeitsgruppen zu begleiten, die Verknüpfungen und Schnittstellen sicherzustellen, aber auch die ganze Administration des Vereins und die Koordination sowie Administration von Projekten zu erledigen. Das Salär der Geschäftsführung kann nur so weit beantwortet werden, dass von Regionen, welche dieses Konzept schon umgesetzt haben, Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden und somit gesagt werden kann, dass die Geschäftsführung nicht in der Lohnklasse eines Gemeindeleiters liegt, sondern eher zwischen einem Abteilungsleiter und einem Ressortleiter. Zur Geschäftsordnung möchte der Gemeindepräsident sagen, dass sich diese in der Erarbeitungsphase befindet und auch hier eine Orientierung an anderen Regionen stattfindet, das Rad muss schliesslich nicht neu erfunden werden. Dem Hinweis, dass die Autonomie gewahrt werden muss, stimmt der Redner vollkommen zu und sieht dies auch als sehr wichtige Bedingung für eine funktionierende Zusammenarbeit. Wenn es um Projekte geht, wird es die herkömmlichen Gefässe geben, so wie der Gemeinderat heute in den Einwohnerrat kommt und beispielsweise einen Planungs- oder Investitionskredit zur Gutheissung unterbreitet. So wird es auch bei einem Projekt im Verbund sein, das man gemeinsam in der Region Leimental Plus machen will. Der Hinweis der FDP-Fraktion betreffend einer ultraschlanken Geschäftsstelle wird erhört und der Gemeindepräsident informiert, dass die Geschäftsstelle schlank werden soll und es nicht die Idee ist, ein Büro mit einem riesigen Mitarbeiterstab aufzubauen. Die Geschäftsstelle, wie es in anderen Regionen umgesetzt wurde, besteht aus einer Person und bei den meisten Regionen entspricht dies einem 40 – 50 % Pensum. Von dem her will man dies, was Umfang und Kosten betrifft, so klein und effizient wie möglich halten. Nun äussert sich der Redner zur Frage, wie es um die nicht genannten Gemeinden steht. Grundsätzlich bestand der Wunsch, auch die Solothurner Gemeinden einbeziehen zu dürfen und wer an der Veranstaltung zur Raumplanung vor zwei Wochen anwesend war, hat vielleicht mitbekommen, dass das Bedürfnis der Solothurner Gemeinden vorhanden ist und sie sehr gerne mitmachen würden, aber der Kanton Solothurn hält sie im Augenblick noch zurück. Dies war auch der Grund zur Erwähnung des sogenannten Beobachterstatus in den Statuten. So können auch diese Gemeinden am Ge-

schehen teilhaben. Im gleichen Sinn und Geist möchte man auch den Kanton Basel-Stadt einbeziehen, der bei Diskussionen immer wieder zusichert, dass man miteinander auf Augenhöhe von Gemeinde zu Gemeinde kommuniziert. Die eine ist ein wenig grösser, die andere etwas kleiner, aber hier ist eine Zusammenarbeit erwünscht und deshalb soll Basel-Stadt ebenfalls an den Überlegungen teilhaben können. Es gibt auch eine Berührung über die Landesgrenze hinaus und im Zusammenhang mit der Raumplanung und anderen Vorhaben steht man mit den französischen Gemeinden in Kontakt. Auch da wurde die Frage gestellt, ob sie sich vorstellen könnten, mitzumachen. Dieser Prozess geht etwas länger und auch da haben wir mindestens die Gelegenheit, sie im Beiboot mitnehmen zu können. Die Summe, welche zusammenkommt, wenn die neun Gemeinden pro Einwohner einen Franken Beitrag leisten, liegt bei etwa CHF 70'000 – 75'000. Es sind sicher die Lohnkosten dieser Koordinationsstelle zu zahlen, es gibt aber auch administrative und organisatorische Kosten. Wenn zu viel Geld in der Kasse bleibt für diese Basisleistungen ergibt sich die Gelegenheit, für das Budget eines kommenden Jahres anhand des Kassenstands den neuen Jahresbeitrag gemeinsam abklären zu können. Es sollen keine Spezialkassen geöffnet oder versteckte Beträge angehäuft werden, sondern es soll lediglich so viel Geld zur Verfügung gestellt werden, wie es braucht. Nun spricht der Gemeindepräsident den Vorschlag von neuen, weiteren Themen an, wie das Natur- und Energiethema. Im Rahmen der Raumplanung wurde das Thema Natur mit auf den Weg genommen und es gibt ein Projekt, das nun als erstes angegangen werden soll und dieses lautet unsere Natur und Umgebung in einer Stunde zu erleben. Auch die Energiethemen sind von grosser Bedeutung. Vor ungefähr fünf oder sechs Jahren war die Rede von der Wärmeschiene Leimental und im Leimental wurden Vorleistungen erbracht. Es drängt sich die sehr zentrale Frage auf, wie man dieses Netz mit der entsprechenden Wärme, auch mit erneuerbarer Energie, versorgen kann, damit alle Gemeinden davon profitieren. Betreffend dem Ort der Geschäftsstelle und dem Sitz der Gesellschaft teilt der Gemeindepräsident mit, dass es in den Statuten Hinweise dazu gibt. Das Vereinspräsidium soll nicht jahrelang gleich besetzt sein, sondern es soll die Möglichkeit eines wechselnden Präsidiums bestehen. Es gibt die Floskel, dass die Geschäftsstelle immer am Wohnort des Präsidiums sein kann. Die Örtlichkeit einer solchen Geschäftsstelle wurde jedoch noch nicht abschliessend festgelegt. Diese kann sich in einer Gemeindeverwaltung befinden, damit man räumliche und auch infrastrukturelle Synergien nutzen kann. Aber vielleicht meldet sich auch eine Person, die ein eigenes Büro im Tal hat welches seine Infrastruktur miteinbringen kann. Aus diesen Gründen ist die Entscheidung noch nicht gefallen, wo sich diese Geschäftsstelle befinden wird. Der Hinweis betreffend Alter und Pflege wird als sehr wichtig wahrgenommen, dies ist auch in der Region Leimental Plus so aufgegleist worden. Dort wurde gesagt, dass in einem ersten Schritt zwei Untergruppen entstehen werden. Die eine besteht aus Allschwil, Schönenbuch und Binningen, die andere besteht aus den talinneren Leimentaler Gemeinden. Dies hat man so gemacht, weil dies die beiden Strukturen sind, die sich bis anhin schon eng miteinander ausgetauscht haben. Deshalb wurde entschieden, dass die übergeordneten Punkte miteinander in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aufbereitet werden. Wenn es um die Versorgungsregion geht, sind zwei Stufen durchaus vorstellbar, ohne dass dies mit einem festgelegten Zeitpunkt verbunden ist. Abschliessend drückt der Gemeindepräsident erneut seine Freude aus und bedankt sich herzlich für die wohlwollende Aufnahme im Einwohnerrat und betont, dass die Gründung dieses Vereins und die Möglichkeit des Auftritts gegenüber anderen Regionen, vor allem Regionen im Kanton, eine grosse Hilfe sowie eine Stärkung für das untere Baselbiet und das Leimental. Hier wohnen die Gemeinden, die letztlich mit ihren Bewohnern steuermässig den grössten Betrag in Liestal einbringen und auch die grösste Bevölkerungszahl haben.

Thomas Schwarb, Grüne meldet sich erneut zu Wort und möchte zwei noch unbeantwortete Fragen stellen. Der Redner möchte gerne wissen, ob eine Auswirkung auf den Personalbestand der Gemeinde und eine positive oder negative Veränderung der Kosten erwartet wird, da dieser Verein mehr Arbeit verursachen kann, als gedacht. Weiter wird gefragt, ob es möglich ist, dass der Einwohnerrat mindestens einmal im Jahr zum Beispiel den Jahresbericht des Vereins zugestellt bekommt.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bedankt sich bei Thomas Schwarb für die genauere Nachfrage. Betreffend Auswirkung auf die Verwaltung ist er der Meinung, dass eine Entlastung stattfinden wird, da

heute schon eine Zusammenarbeit stattfindet und mangels solch einer Koordinationsstelle die Personen in der Verwaltung einen entsprechenden Support geliefert haben. Wie dies in absoluten Franken aussieht, kann er so nicht belegen. Man kann die CHF 15'000 Beitrag und die Entlastung in der Verwaltung ohne Rechnung einander nicht gegenüberstellen. Es ist jedoch voraussehbar, dass es für einzelne Personen, diese sind zum Beispiel die Verwaltungsleitenden, aber auch Mitarbeiter der zentralen Dienste, zur Entlastung kommen wird, weil jene Aufgaben dann zentral erledigt werden. Zum Wunsch des Erhalts eines Jahresberichts sagt der Gemeindepräsident, dass dieser selbstverständlich wahrgenommen wird. Es besteht auch ein eigenes Interesse, im Rahmen des Budgets oder der Rechnung künftig etwas dazu zu sagen. Es wird auch nicht von jeder Gemeinde ein riesen Bericht geschrieben, sondern es wird über den Verein ein sauberer Jahresbericht erstellt und dieser soll unter anderem auch dem Einwohnerrat zugänglich gemacht werden.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: 1. Die Statuten zur Gründung des Vereins Region Leimental Plus werden genehmigt.

://: 2. Die Gemeinde Binningen tritt dem Verein Region Leimental Plus mit dessen Gründung bei.

Traktandum 7

Nr. 173

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.09.2019

Investitionsausgabe für Strassenkorrektur am Neubadrain

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP tritt für das Geschäft in den Ausstand.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Urs Brunner, SVP sagt, dass sich die Kosten für dieses Luxusprojekt für den Steuerzahler auf über eine Million Franken belaufen, abzüglich der Bundesbeiträge von CHF 209'000. Dies gemäss Kostenvoranschlag von der Glaser Saxer Keller AG. Der Redner fragt sich, weshalb dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft keine weiteren Kostenvoranschläge unterbreitet worden sind. Ein Vergleich sei deshalb nicht möglich. Geplant ist ein 300m langer kombinierter Fuss- und Radweg am Neubadrain, westseitig zwischen dem Allschwilerweg und der Paradiesstrasse. Weiter kommt die Frage auf, ob die Gemeinde auf diesem Strassenabschnitt eine Fahrradverkehrszählung durchgeführt hat. Mit anderen Worten: Benutzen tatsächlich so viele Fahrräder diesen Abschnitt, dass solch ein Ausbau gerechtfertigt ist? Gemeinsam benutzte Fuss- und Radwege bergen zudem auch Konfliktpotenzial. E-Bikes, E-Trottinette, E-Scooter sind sehr schnell und sehr leise und der rücksichtslose Fahrradfahrer kann zu einem Darwinismus auf dem Trottoir führen. Im Geschäftsbericht steht betreffend Strassenzustand im Abschnitt Rottmansbodenstrasse bis Allschwilerweg, dieser sei in einem kritischen Zustand. Das heisst Zustandsindex 3.0. Der Redner erläutert: Zustandsindex 3.0 bedeutet zahlreiche Schäden mit mittlerem bis grossem Schadensausmass. Dieses Schadensausmass ist für den Votant auf diesem Abschnitt nicht feststellbar. Deshalb fragt er, von wem dieser Strassenzustandsbericht letztes Jahr durchgeführt worden ist. Die Umnutzung zu einem kombinierten Fuss- und Radweg führt zu einer Verbreiterung des Trottoirs auf der

Westseite auf 2,5m. Dies wiederum führt zu einer Spurverengung, Spurverengung bedeutet Langsamverkehr und Staugefahr. Laut Angaben der zuständigen Gemeinderätin werden Parkplätze vor der Liegenschaft 82/84 und zwei vor der Liegenschaft 1 aufgehoben. Nun stellt sich die Frage, wo die Gemeinde andenkst, diese wegfallenden Parkplätze zu ersetzen. Bestehen bleiben die Parkplätze ostwärts zwischen den Liegenschaften 91/93, 87/91 sowie Parkplätze westwärts bei der Liegenschaft 96 und vis-à-vis bei der Paradieskirche. Der Votant befürchtet, dass es an diesem neuralgischen Punkt zu einem Stop-and-Go-Verkehr kommen wird. Dies würde zu vielen Abbrems- und Anfahrvorgängen, mehr Lärm, zusätzlichem Treibstoffverbrauch und somit mehr CO₂-Emissionen führen. Dies kann man tagtäglich an der Ecke Neubadrain/Tiefengraben vis-à-vis der Liegenschaft 11 beobachten. Die SVP-Fraktion weist dieses Geschäft zurück und verlangt eine Vergleichsofferte. Zudem wird eine Sanierungsvariante ohne kombinierten Fuss- und Radweg sowie ein Nachweis der Nutzung dieser Route durch Fahrräder gewünscht.

Simone Abt, SP teilt mit, dass die SP-Fraktion zu diesem Thema eine ausführliche und rege Diskussion geführt und Zusatzinformationen von der zuständigen Gemeinderätin eingeholt hat. An dieser Stelle wird ihr hierfür bestens gedankt. Um es vorwegzunehmen teilt die Rednerin mit, dass die SP-Fraktion nicht so skeptisch ist wie die SVP-Fraktion und nicht findet, dass der Gemeinderat und die Verwaltung so schlechte Arbeit geleistet haben, dass die Vorlage zurückgewiesen werden müsste. Viel mehr dankt man ihnen für die geleistete Arbeit und ist grundsätzlich für eine Überweisung und die Bewilligung der Investitionsausgabe von CHF 1'085'000. Dies schliesst aber, wie schon im Zusammenhang mit anderen Geschäften zum Ausdruck gebracht, nicht aus, dass auch die SP-Fraktion Fragen und Anmerkungen hat, die sie zur Sprache bringen und diskutieren möchte, vielleicht bekommt sie die eine oder andere Antwort darauf. Die erste dieser Fragen betrifft die gemeinsame Spur für Fahrräder und Fussgänger. Da ist die Rednerin ein wenig bei Urs Brunner, auch wenn sie nicht von Darwinismus sprechen würde. Es ist tatsächlich so, dass die gemeinsame Spur für Fahrräder und Fussgänger aus einer Zeit vor den E-Bikes stammt. Das ist gut und recht für tatsächlichen Langsamverkehr, wer aber wie die Rednerin oft zu Fuss unterwegs ist und nicht mehr so springlebendig, dass man jederzeit weghüpfen könnte, falls etwas schnelleres kommt, der oder die kennt die Konfliktsituation mit den E-Bikes und ähnlichen Fahrzeugen. Sie sind leise, sie sind schnell und vor allem die Älteren haben die Geschwindigkeitsabschätzung absolut nicht im System. Diese E-Bikes gibt es schon ein paar Jahre und die Votatin merkt an, dass sie sich immer noch wegen diesen erschreckt. Dieser Punkt muss hier einfach erwähnt werden. Wenn man auf einem E-Bike sitzt, hat sich die Votantin sagen lassen, ist es ein anderes Fahren wie auf einem normalen Fahrrad, eher wie auf einem Mofa. Wenn man dies nicht im Griff hat, ist das, wie bereits erwähnt, ziemlich gefährlich. Andererseits sind die E-Bikes eine Realität, die man nicht wegbekommt und es gibt auf nationaler Ebene bereits Stimmen, die lauter werden und unterschiedliche gesetzgeberische Behandlungen von E-Bikes und Fahrrädern verlangen. Wohin der Weg konkret geht, ist offen, da der Platz auf der Strasse nicht mehr wird. Sicher ist, dass die gemeinsame Nutzung geregelt werden muss. Vielleicht existieren hier schon Hinweise zur Handhabung, die zur Beruhigung gegeben werden könnten. Es gibt ja die Möglichkeit, solche Bahnen in zwei Teile zu trennen, dies macht die Sache jedoch relativ breit. Die Fraktion ist gespannt auf wertvolle Lösungsansätze. Auch die Frage zum Tempo wurde diskutiert. Der Neubadrain führt ziemlich durch die Quartiere durch, auch wenn es keine Quartierstrasse ist. Die SP-Fraktion hat sich gefragt, ob sie bei dieser Gelegenheit für Tempo 30 plädieren sollte oder nicht. Die SP-Fraktion hat nach geführter ausführlicher Diskussion grossmehrheitlich abgelehnt und es ist ihr durchaus bewusst, dass es aus verschiedenen Gründen vom Kanton kaum eine Bewilligung für Tempo 30 auf dieser Achse geben würde. Wichtig ist der Fraktion aber, dass Tempo 40 beibehalten werden kann und die besagte Vorlage ist auf die Binninger Besonderheit Tempo 40 ausgerichtet, dies kommt gut an. Der Neubadrain ist keine Tempo 50 Strasse, wie zum Beispiel die Oberwiler- oder Baslerstrasse. Die Strassenlampen werden sehr begrüsst, da dies im Sinn der Umsetzung der Lichtinitiative von Binningen ist. Ergänzend sorgen lärmarme Beläge für akustische Ruhe bei Tag und Nacht, was schön ist. Ferner ist der Fraktion eine anwohnerfreundliche Umsetzung sowie eine schonende Umleitung von der leistungsstarken Strasse in eine Quartierstrasse wichtig. Es gab die Information, dass die Gemeinde diesen Bedürfnissen in befriedigender Weise Rechnung getragen hat, darüber freut sich die SP-Fraktion sehr, weil dies

eine Bedingung zur Durchführung eines solchen Projekts für die Fraktion war. In diesem Sinn kann die SP-Fraktion diese Vorlage unterstützen und der Investitionsausgabe wie erwähnt zustimmen.

Peter Sala, FDP versichert, dass auch die FDP-Fraktion eine Diskussion über dieses Projekt geführt hat. Grundsätzlich ist sie auch für eine Sanierung der Strasse. Die heutige Situation ist nicht befriedigend mit den Schikanen um die Parkplätze, was auch ein Risiko bei Gegenverkehr und besonders bei der Talfahrt der Radfahrer darstellt, das ergibt einen Sandwich-Effekt sowie eine Lärmsituation. Auf der anderen Seite gibt es in Binningen sicher Strassen mit grösserer Dringlichkeit. Der Redner stimmt Urs Brunner zu und meint, dass man den offenbar sehr schlechten Belag auf der Strasse nicht sieht. Das Hauptproblem ist der FDP-Fraktion nach das Sicherheitsproblem, welches Simone Abt und Urs Brunner bereits angesprochen haben. Die vorgeschlagenen Strassenbreiten sind zu schmal. Der anerkannte Richtwert bei Gegenverkehr liegt bei 6m. Bei den heutigen Parkplätzen, die schon schmaler als normal sind, ist die Strasse nur noch 4,75m breit. Deshalb gibt es Probleme, wenn Lastwagen und SUV's kommen und das Fahrrad auch noch. Beim bergwärts führenden Trottoir, welches kombiniert werden soll, sieht es die FDP-Fraktion gleich wie Simone Abt: Man hat ja schon einen Anschauungsunterricht, wenn man von Neubad hochkommt bis zum Allschwilerweg. Das noch grössere Problem wird bei der Sanierung der Strasseneinmündung. Beim Huebweg kann dies bereits gesehen werden, wo die Tochter des Redners bereits einen schweren Unfall hatte. Die Autos, die dort durchfahren, wissen nicht, dass sie keinen Vortritt haben. Auch die E-Bikes und E-Scooter fahren vermehrt auf den Strassen, weil es für sie auch ein Problem darstellt, wenn Fussgänger unterwegs sind. Dies ist das Hauptproblem. Auf der anderen Seite wird der lärmarme Belag als positiv empfunden. Man muss sich aber auch vorstellen, dass dieser Weg, wenn er so umgesetzt wird, der teuerste im ganzen Kanton Baselland ist. Das gibt es sonst nirgends: 1 Meter für CHF 2'600. Deshalb hat die FDP einen Rückweisungsantrag vorbereitet, in dem vorgeschlagen wird, dass kein kombiniertes Trottoir erstellt wird, sondern ein beidseitiger Markierungstreifen auf der Strasse sowie ein lärmdämmender Belag. Aber das wichtigste ist, dass für das Projekt ein Sicherheits-Audit durchgeführt wird, welches sich Road Safety Audit nennt, wobei alle wichtigen Punkte untersucht werden. Hierzu kann Daniel Zimmermann jedoch mehr sagen. Die Fraktion stimmt dem vorliegenden Projekt nicht zu und denkt, das Geschäft sollte zur Überarbeitung zurück an den Gemeinderat gehen, da es in der BPK keine Spezialisten hierfür gibt.

Beatrice Büschlen, Grüne bedankt sich in Namen der Grünen Fraktion bei der zuständigen Gemeinderätin und der Verwaltung für die informative und ausführliche Vorlage. Für den Laien ist der Sanierungsbedarf optisch zwar nicht ersichtlich, aber die Verkehrsberuhigungsmassnahmen sind aus Sicht der Grünen nötig. Abwärts fahrende Autos werden schneller als die vorgeschriebenen 40 km/h, aber nicht begeistert ist die Fraktion auch vom gemeinsam genutzten Weg für Fahrrad und Fussgänger, auch wenn dieser bergwärts fahrend ist. Es nimmt sich nämlich immer der stärkere Verkehrsteilnehmer Platz und auf gemeinsamen Verkehrstreifen sind dies die Fahrräder und die Fussgänger können dann schauen, wo sie bleiben. Was Freude bereitet ist, dass aus dem Agglomerationsprogramm immerhin ein wenig mehr Geld kommt. Dieses Geld könnte man dann aber nämlich gleich einsetzen, um den Strassenraum mit mehr Bäumen zu beschatten. Dies schont auf diesem Strassenabschnitt den Belag und damit auch die Investitionen. Dass Bäume auch CO₂-Speicher sind, ist allgemein bekannt und deshalb nicht zu erwähnen, aber sie stellen auch gute Lärmbarrieren dar. Es wird davon ausgegangen, dass auch im Neubadrain das neue Beleuchtungssystem mit einer intelligenten Steuerung ausgerüstet wird. Dies reduziert ebenso Energie- und Wartungskosten, Lichtemissionen und unterstützt den Erhalt der Biodiversität, beispielsweise bei nachtaktiven Insekten. Auch der Kostenvoranschlag erscheint der Grünen Fraktion schlüssig. Erfreut wurde festgestellt, dass sich die Kosten für die Projektierungen in einem tieferen Bereich befinden. Die Grüne Fraktion wird den Investitionen zustimmen und hofft, dass die Begrünung Eingang in der Ausführung finden wird. Weil die Vorlage alle nötigen Fragen klärt, findet die Fraktion eine Überweisung in eine Kommission ebenfalls nicht nötig. Im Internet konnten die Pläne sehr gut angeschaut werden und es wäre auch nicht nötig gewesen, diese in Übergrösse zu verschicken und hierbei ist man der Verwaltung für die gebotene Umsicht dankbar. Die Grüne Fraktion traut der Verwaltung eine gute Planung zu. Die Rednerin plant selbst sehr gerne und an verschiedener Stelle in Kommissionen und auch im gemeinsamen Gespräch wurde immer gesagt, die Einwohnerräte müssen nicht planen, das

machte die Verwaltung. Deshalb werde man sich daran halten. Die Absichten vom Gegenüber für die Rückweisung sind klar. Unter dem Deckmantel wollen sie eine hindernisfreie Strecke, eine Autobahn auf Gemeindestrassen. Es geht nicht schneller, wenn schneller gefahren werden kann. Es ist die Sorgfalt beim Fahren, im Auto sowie auf dem Fahrrad. In einer Kurve und in Verengungen gibt es dann nämlich auch keine Probleme. Deshalb spricht sich die Fraktion erneut für die Investitionsausgabe und gegen eine Rückweisung aus.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich im Namen der CVP-Fraktion beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Dieser wurde zur Kenntnis genommen und man habe Verständnis dafür, dass der Gemeinderat auch in diesem Strassenabschnitt eine Sanierung der Strasse vorantreiben möchte. Es gibt einige Pluspunkte, wie eine Lärmsanierung, eine neue Beleuchtung, je nach dem sogar einen Fahrradstreifen. Grundsätzlich gibt es im Bericht einige Wünsche zur Sanierung, welche die Fraktion gutheissen könnte und welchen sie teilweise auch zustimmen wird. Im grossen Ganzen wurde diese Sanierung jedoch nicht als sehr dringlich erachtet. An der Fraktionssitzung war man sich noch einig, dass die CVP-Fraktion dieses Baubeglehen je nach Situation auf Wunsch des Gemeinderats gutheissen wird. Mit dem genaueren Planstudium, der Redner meint das beigelegte A4-Blatt zum Geschäft, das man auf dem Computer grösser anschauen musste, hat sich die Situation in der Fraktion jedoch geändert. Der Votant erachtet die Verengung dieser Strasse persönlich als gefährlich und nicht zielführend. Zu diesem Punkt meldet er sich später noch in der Diskussionsrunde. Die verschiedenen Voten der anderen Fraktionen werden gespannt verfolgt, die grossenteils zwar schon getätigt wurden, aber auch die Argumentation der zuständigen Gemeinderätin wird gespannt erwartet. Die einzelnen Fraktionsmitglieder der CVP werden uneinig abstimmen, jedes Mitglied entscheidet für oder gegen den Antrag des Gemeinderats. Je nach Situation werden einzelne Mitglieder auch für eine Rückweisung zur Überarbeitung und Verbesserung dieses Geschäfts zustimmen. Mit der Rückweisung möchte man aber auch klare Aufträge für eine Prüfung und eine zukünftige Sanierung mitgeben. Eine Überweisung in die BPK erachtet die Fraktion nicht als zielführend. Die CVP-Fraktion möchte wissen, ob die Bundessubventionen bei einer Sanierung überhaupt zugesichert wären oder ob dies nur eine Annahme je nach Sanierung ist.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldung. Sie freut sich natürlich über die positiven, aber auch die kritischen sind immer ein guter Anlass, um einige Dinge klarzustellen. Die Anmerkungen werden der Reihe nach durchgearbeitet. Die SVP-Fraktion sagte, dies sei ein Luxusprojekt und hätte gerne mehr Kostenvoranschläge gehabt. Die Gemeinderätin erläutert, dass es bei einem Kostenvoranschlag darum geht, einen Kredit erheben zu können, wenn der Investitionsausgabe zugestimmt wird. Dann werden selbstverständlich Offerten eingeholt und dann kann es auch sein, dass das Projekt viel günstiger wird, weil die Auftragslage am Markt dann eine andere sein kann als zu dem Zeitpunkt, wo der Kostenvoranschlag eingeholt wurde. Das ist immer sehr schwierig. Von dem her bringt es nichts, wenn ein Kostenvoranschlag eingeholt wird, der alles andere unterbietet, wenn im Nachgang ein Nachtragskredit geholt werden muss. Unter dem Strich ist es also sinnvoller, wenn man einen nicht übermässig, aber dennoch anständig gerechneten Kostenvoranschlag hat, und man im effektiven Projekt dann tiefer liegt, als wenn ein Kostenvoranschlag eingeholt wird, der alles unterbietet und das Projekt dann 50 % teurer ist. Dann ist der Einwohnerrat zu Recht der erste, der sagt „Könnt ihr denn im Vorfeld nicht rechnen?“. Von dem her bringt es nicht viel, wenn noch zwei oder drei Kostenvoranschläge hierzu eingeholt werden. Eine Fahrradverkehrserhebung gibt es nicht. Die Rednerin geht direkt auf diverse Voten zur gefährlichen Situation ein. Sie selbst wohnt am Huebweg und fährt jeden Tag vom Huebweg auf den Fahrradweg im unteren Abschnitt und vom unteren Abschnitt in den oberen Abschnitt. Sie kennt diesen Fahrradweg und das Fahrradaufkommen sowie das Fussgängeraufkommen wirklich sehr gut. Wenn ihr da innerhalb von zwei Wochen einmal eine Fussgängerin oder ein Fussgänger entgegenkommt, ist das schon recht viel. Wenn man vom Huebweg auf den unteren Fahrradweg gefahren wird, ist man eben auf dem Trottoir, also gibt es gar keinen Grund, dort auf die Strasse zu fahren. Die Autos können ganz normal weiterfahren und man fährt nebeneinander den Weg. Die kritische Stelle kommt am Allschwilerweg, dort herrscht nämlich Rechtsvortritt und dort kommen die Autos, die auf ihrem Rechtsvortritt beharren. Das ist wirklich eine kritische Stelle und dort passiert es auch immer wieder, dass man als

Fahrradfahrer vollbremsen muss. Mit einem E-Bike fahren ist nicht die Mofa fahren. Alle, die es noch nie probiert haben, sollen dies doch mal machen. Denn man kann nicht einfach Gas geben und es geht los, denn wenn nicht in die Pedale getreten wird, steht man in Nullkommanichts still. Die Gemeinderätin fasst zusammen, dass E-Bike fahren wie Fahrrad fahren ist, nur dass es ein wenig leichter geht. Der obere Abschnitt der Strasse ist so eng wie er ist und dieser kann auch nicht verbreitert werden, selbst wenn dies allseits ein Wunsch wäre. Es ist so, dass man auch mit einem E-Bike beim bergwärts fahren treten muss, man nicht so bolzengerade wie beim hinunterfahren ist und dementsprechend ein wenig hin und her schwankt. Es gibt auch heute schon enge Situation mit den Autos, den Pflanzenkübeln usw. Die Rednerin repetiert den Wunsch nach einer getrennten Verkehrsfläche. Dies ist nicht möglich, weil der Weg dann noch breiter sein müsste. Nach den Normen braucht es für einen getrennten Weg mindestens 3m und jetzt sind es 2,5m. Wenn diese auf 3m erstreckt wird, ist die Fahrbahn noch schmaler. Dies ist vermutlich nicht gewollt und deshalb besteht der Vorschlag dieser 2,5m mit dem kombinierten Fuss- und Fahrradweg. Ab Allschwilerweg bis zum Paradies wird genau das Regime aufgegriffen, welches im unteren Abschnitt schon existiert und dort tadellos funktioniert. In den letzten fünf Jahren gab es im unteren Abschnitt einen Unfall und dies war ein Selbstunfall eines Autofahrers, welcher bei der Kurve abwärts vom Hasenrain erschrocken ist und dann irgendwo gegengefahren ist. Das Gefahrenpotenzial dieser Stelle ist also nicht so gross, wie der Einwohnerrat vielleicht denkt, und dies sagt die Gemeinderätin bewusst als Fahrradfahrerin, die dort sowohl mit dem E-Bike als auch mit dem normalen Fahrrad wirklich regelmässig durchfährt. Ein Punkt waren die Parkplätze. Es fallen drei Parkplätze weg. Es wurde im Geschäft aber belegt, dass die Parkplatzbelegung in diesem Abschnitt bei etwa 30 – 33 % liegt. Die Strasse kann wie gesagt nicht breiter gemacht und es können keine zusätzlichen Flächen geschaffen werden. Aber die drei wegfallenden Parkplätze sind grundsätzlich kein Problem. Es gibt auch in den Seitenstrassen (z.B. Sommerhalde, Rottmannsbodenstrasse) immer freie Parkplätze, ob markiert oder im Zonensignal. Zur Verlangsamung und dem Stop-and-Go sagt die Gemeinderätin, dass dies immer von den Autofahrern abhängt. Nach einem Unfall, bei dem jemand in einen Pflanzenkübel gefahren ist, wurde sogar Tempo 30 gefordert. Jetzt gibt es ein Projekt, bei dem mit wenigen Massnahmen die Sicherheit für den Langsamverkehr verbessert werden kann und welches ein klares Verhältnis schafft, was die Einmündungen anbelangt und welches vor allem auch für die Kinder, die diese Strasse überqueren müssen, um in das Neusatzschulhaus zu gehen, mehr Sicherheit bietet. Jetzt wird kritisiert, dass man dort künstlich verengt. Die vorgesehenen Massnahmen führen zu einer gewissen Beruhigung, dies ist richtig. Aber diese Beruhigung dient einerseits der Lärminderung und andererseits der Verkehrssicherheit von allen Verkehrsteilnehmenden. Ob der Sanierungsbedarf optisch ersichtlich ist oder nicht, kann die Rednerin nicht näher beurteilen. Er wurde von der Bauabteilung in Zusammenarbeit mit einem beauftragten Ingenieurunternehmen erhoben. Dieser Bericht ist gerade nicht zur Hand, aber es gibt relativ klare Kriterien, wonach die Sicherheit erhoben wird und wenn der Zustandsindex so ist wie er ist, und das ist ein Leistungsziel, welches der Einwohnerrat verabschiedet hat, müssen die Sanierungsprojekte lanciert werden. Die Einwohner wurden miteinbezogen, dies wurde auch freundlicherweise festgehalten. Selbstverständlich gibt es auch einen lärm mindernden Belag und die Beleuchtung. Wenn in der konkreten Umsetzung des Projekts Bäume möglich sind, wird dies berücksichtigt. Die Gemeinderätin erinnert aber daran, dass Bäume im Strassenraum nicht zu einer schlechteren Sicht führen dürfen, weil dies wiederum sicherheitsmindernd wäre. Dass die Parkplätze jetzt schon zu schmal seien, stimmt nicht. Sie sind 1,80m breit und dies ist das Minimalmass. Ein SUV hat 2m Breite, aber die Strasse kann nicht breiter gemacht werden, als sie ist, ausser man beseitigt auf einer Seite einfach das Trottoir, dann gäbe es etwas mehr Strassenraum. Wenn das aber nicht gewollt ist, gibt es schlichtweg keine Möglichkeit und es muss mit dem gearbeitet werden, was zur Verfügung steht. Die letzte Frage, die beantwortet werden kann, ist die nach den Bundessubventionen. Die Bundessubventionen aus dem Agglo-Programm gibt es für den Fahrradweg. Wenn der Fahrradweg gestrichen werden würde und einfach die Strasse saniert, gibt es keine Bundessubventionen. Dass man auf der Strasse einfach zwei Streifen markieren könnte, ist eigentlich die heutige Situation. Im Abschnitt Allschwilerweg bis Paradiesstrasse herrscht faktisch dieses Regime. Die Fahrradfahrer sind am rechten Strassenrand und müssen sich gegen die Autofahrer behaupten, wenn sie den Berg hochfahren und dies ist die Sicherheit, die verbessert werden soll. Die Fahrradfahrer sollen in ihrem Strassenraum geschützt sein, den der kombinierte Fuss-

und Radweg darstellt. Auf diesem kombinierten Fuss- und Radweg wurde extra vorgesehen, dass nach den Trottoirs und für die Einlenkenden am Anfang signalisiert wird, wo das Fahrrad fährt und wo der Fussgänger geht. Es wurden also zusammenfassend in Rahmen der bestehenden Möglichkeiten so viele Sicherheitsmassnahmen wie möglich eingebaut. In diesem Sinn beantragt die Gemeinderätin, das Geschäft nicht zurückzuweisen. Die gestellten Fragen sind geklärt und es gibt nicht viele andere Möglichkeiten, wie in dieser Vorlage aufgezeigt.

Gaida Löhr, SP hat ein paar Fragen an die FDP-Fraktion. Ihr ist die Antragssituation nicht ganz klar. Eintreten ja, dann Rückweisung und dann eine Ablehnung des Geschäfts. Diese Aussagen hat die Rednerin von Peter Sala wahrgenommen und ist nun von dieser Kombination verwirrt. Es gibt ausserdem ein Antrag für eine jeweilige Überprüfung der Projekte im Strassenbau. Nun stellt sich die Frage wie viel das kostet. Normalerweise sind die Kosten auf der antragsstellenden Seite ein wichtiger Punkt, und nun will die Rednerin wissen, was es kostet, jedes Geschäft prüfen zu lassen.

Daniel Zimmermann, FDP möchte auf das Votum der zuständigen Gemeinderätin eintreten und grundsätzlich nochmals die Haltung der FDP schärfen. Grundsätzlich ist die Strassensanierung im Gesamtan-satz nicht bestritten. Die FDP-Fraktion sieht ein, dass diese Strasse in den nächsten fünf, sechs oder sieben Jahren saniert werden muss. Es gibt auch gute Sachen: Es gibt gute Wegleitungen, eine gute Beleuchtung, einen guten lärmdämmenden Belag. Was es aber nicht gibt, ist die Oberfläche, die eine Gefährdung für alle Strassenraumbenutzer darstellt. Peter Sala hat schon erwähnt, dass die Fraktion grösste Bedenken hat. Der Redner beginnt bei den Verengungen, die in den Mindestmassen 4,75m betragen und erlauben sollen, dass sich zwei Personenwagen im Begegnungsfall kreuzen. Dies sei schlichtweg nicht möglich. Der eine wird schneller sein als der andere und es entsteht ein Unfallrisiko. Das zweite ist die Fahrradsituation. Dieses Projekt ist auf einer Kernfahrbahn aufgebaut. In den BFU-Grundlagen wird gesagt, dass Kernfahrbahnen nicht als Verkehrsberuhigungsmassnahme geeignet sind. Dies kann man nachlesen oder googeln. Bei den talwärts fahrenden Fahrradfahrern sagt die BFU, dass dies kein echter Sicherheitsgewinn ist. Jetzt wird für die bergauf fahrenden Fahrradfahrer ein kombinierter Fuss- und Radweg gemacht. Die Schweiz ist letztlich mit seinen engen Strassenverhältnissen und Strassenräumen nicht das geeignete Land, um zu den vorgeschriebenen, grosszügigen Massen solche Kombinationsflächen anzubieten. Es wurde sogar von der SP gesagt, dass bei einer Begegnung von Fussgängern und Fahrradfahrern vermutlich gefährliche Situationen entstehen können. Der Redner stellt nochmals klar, dass die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass hier für viel Geld ein Risiko geschaffen wird und später bereut wird, es gebaut zu haben. Es wird die Rückweisung des Geschäfts beantragt und ein Überdenken desselben. Nach den Voten, die heute im Rat gefallen sind, soll das Projekt neu überarbeitet werden. Der Votant will noch etwas zu den Agglo-Beiträgen sagen. Wenn der Fahrradweg nicht realisiert wird, werden die Agglo-Beiträge nicht a priori gestrichen. Die Agglo-Beiträge würden neu berechnet, denn auch Fahrradstreifen sind beitragsberechtigt. Die Beitragshöhe ist einfach nicht so hoch, wie bei einem kombinierten Fuss- und Radweg. Dies sei eine Falschaussage gewesen. Der Redner möchte also dazu aufrufen, dass sich der Einwohnerrat wirklich nochmals überlegt, ob er dieses Projekt so umsetzen will oder es nochmals zurückgeben möchte, damit es nochmals in aller Ruhe überdenkt werden kann.

Peter Sala, FDP entschuldigt sich für die von ihm gestiftete Verwirrung. Es geht hierbei, wie es Daniel Zimmermann gesagt hat, um einen Rückweisungsantrag. Der Redner bedankt sich bei Gemeinderätin Caroline Rietschi, sie habe jedoch nur aus Sicht einer Fahrradfahrerin erzählt. Und die meisten Fahrradfahrer sind, wie es Simone Abt gesagt hat, rücksichtslos und schauen nicht auf die Fussgänger. Zu den Bäumen möchte der Votant sagen, dass sich auf jedem Privatgrund bereits Bäume befinden und er nicht weiss, wo man noch zusätzliche Bäume platzieren könnte.

Simone Abt, SP ist erfreut, wenn sie ab und zu derselben Meinung ist wie die FDP, aber es soll nicht ausgenutzt werden, dass sie effektiv gesagt hat, es gäbe Punkte, die kritisch sind. Es ist grundsätzlich so, aber Daniel Zimmermann hätte Caroline Rietschi besser zuhören müssen. Es wurde unter Berücksichtigung der Grenzwerte, die eingehalten werden müssen, ein ziemlich gutes Paket geschürt. Dies hat die

Gemeinderätin relativ anschaulich erklärt. Die Rednerin versteht nicht, was der Zweck einer Rückweisung wäre, dadurch würde man sich im Kreis drehen. Wenn Zeit gewonnen werden müsste, wäre das ein gutes Vorgehen, dies ist jedoch nicht nötig. Man sollte mit der Arbeit beginnen können. Deshalb findet die Votantin, dass man keine Extrarunde drehen sollte, sondern mit diesem relativ passablen Projekt, das gute Werte hat und gewisse Voraussetzungen erfüllt, versucht zu kutschieren. Übrigens sei sie aufgrund der Worte der Gemeinderätin, was die Trennung der Fussgänger und Fahrradfahrer anbelangt, sogar beruhigt. Man kann ja effektiv innerhalb eines gemeinsamen Wegs gewisse Trennungen mit Pfeilen am Weganfang vorschreiben, auch wenn es suboptimal und nicht ganz perfekt ist. Verbreitern kann man die Strasse nicht und dies wäre die einzige Möglichkeit für alle Teilnehmenden eine breite und gemütliche Fahrbahn zu schaffen. Man muss Kompromisse eingehen und dieser Kompromiss ist nicht so schlecht. Die SP-Seite findet das Projekt nach wie vor absolut valabel.

Daniel Zimmermann, FDP möchte die SP nicht überstimmen, sondern wollte klarstellen, was die Standpunkte der FDP sind und möchte noch zwei Ergänzungen machen. Die eine ist eine Antwort an Gaida Löhr. Wenn die Gemeinderätin schon feststellt, dass gewisse Einlenker gefährlich sind, weil ein Rechtsvortritt besteht, wäre dies mit wenig Geld und einer Signalisierungsänderung in ein STOP- oder ein kein Rechtsvortritt-Signal umzuwandeln. Dann wären die Fahrradfahrer mit sehr wenig Aufwand geschützt und der Automobilist, der von der Quartierstrasse kommt, muss halt warten und schauen. Dies wäre eine einfache und kostengünstige Massnahme. Das zweite ist die Frage von Gaida Löhr wegen des Road Safety Audits. In den letzten Jahren hat man in der Strassenbaubranche herausgefunden, dass viele Projekte gute Ansätze haben, aber immer wieder Eckpunkte bestehen, wo man speziell nochmals über das Thema Verkehrssicherheit eine Beurteilung vornehmen muss. In einem klar definierten Prozess wurde dieser Road Safety Audit erfunden und heute unterlegen sehr viele Bauherren ihre Projekte einem solchen RSA. Es wird dadurch geprüft und beurteilt. Das würde dem Redner in diesem Projekt sehr helfen. Die Kosten befinden sich bei einem prozentualen Anteil. Er kann nur sagen, dass wenn nur ein Punkt als Verkehrssicherheitsproblem entdeckt und entschärft wird, steht dies in keinem Verhältnis zu einem allfälligen späteren Unfall, bei dem es Verletzte oder Blebschäden gibt. Dies kann man nachschauen und heute sind sehr viele Bauherren bereit, dieses Road Safety Audit durchzuführen. Die FDP hat einen zweiten Antrag gestellt, welcher beinhaltet, dass sämtliche Strassenbauprojekte in der Gemeinde Binningen als Bedingung solch ein RSA durchlaufen müssen, damit der Einwohnerrat bei der Zustellung der Unterlagen eine gewisse Sicherheit hat, dass das Projekt in Bezug auf Verkehrssicherheit wirklich geprüft worden ist. Dann gäbe es nämlich die Diskussion über diesen kombinierten Fuss- und Radweg nicht.

Karin Glaser, Grüne bemerkt zur Aussage von Daniel Zimmermann, dass alle Zufahrtsstrassen zum Neubadrain keinen Vortritt haben sollen, dass dies gerne zu einer Beschleunigung der Autos führt. Auf dies wollte sie aber eigentlich gar nicht eingehen sondern auf die Bedenken zu diesem gemischten Fuss- und Radweg. Es ist tatsächlich so, dass es auf dieser Strecke nicht unglaublich viele Fussgänger gibt und wenn dies mit einem Mittelstreifen über die ganze Länge des Wegs gut markiert wird sollte dies möglich sein. Wer schon in Deutschland unterwegs war, ist vielleicht beim Übergang in eine Strasse fast in ein Fahrrad gelaufen, weil er nicht daran dachte, dass es in Deutschland in sehr vielen grösseren Städten gemischte Fuss- und Radwege gibt. Es ist also keine Neuerfindung von Binningen, sondern ist absolut gut machbar, wenn es schön markiert ist.

Andrea Alt, SP hat noch eine Frage zum Verständnis. Es wurde gesagt, dass es für zwei Autos zum Kreuzen sehr eng ist, aber das ist ihrer Ansicht nach nur dort so, wo ein Parkplatz ist. Die Rednerin erkundigt sich, ob dies richtig ist. Denn auf dem Plan ist die Fahrbahn bei 6,65m und bei den Parkplätzen wird dieser von der Breite abgezogen. Sie ist froh um eine Erklärung.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP äussert sich zuerst zur Frage der Fahrbahnbreite. Diese ist in der Tat sehr unterschiedlich. Sie ist bei dem Fussgängerstreifen bei 5m und dies reicht immer noch für das Kreuzen von zwei Personenwägen. Mit Lastwagen und Personenwage wird es eng, aber zwei Personen-

wägen können auf 5m Breite kreuzen. Die schmalste Stelle befindet sich mit 4,75m fast bei der Paradiesstrasse oben. Das ist dort, wo zwei Parkplätze sind und dort können zwei Personenwagen praktisch nicht kreuzen. Das heisst sie müssen sich gegenseitig durchlassen. Das ist allerdings heute schon so. Wenn vor dem einem Parkplatz ein SUV steht und es kommt ein Lastwagen von oben oder auch ein SUV, müssen alle anderen auch warten. Insofern ändert die neue Situation nichts am Status quo. Bei den einlenkenden Strasse einfach ein STOP-Schild zu machen oder den Rechtsvortritt aufzuheben löst das Problem der bergwärts fahrenden Fahrradfahrer nicht, die vom motorisierten Verkehr in ihrer bergwärts zwangsläufig unsicheren Fahrweise bedrängt werden. Nun äussert sich die Gemeinderätin zum Kommentar von Peter Sala, der meinte, sie habe nur aus Sicht einer Fahrradfahrerin erzählt und dass viele Fahrradfahrer rücksichtslos fahren. Sie sagt ihm, dass sie durchaus auch Auto fährt und gerne Auto fährt, auch wenn sie keines hat. Aber es ist so, dass es sowohl bei den Fahrradfahrern als auch bei den Autofahrern und Lastwagen Rücksichtslose gibt und das muss man einfach hinnehmen. Bei den Fussgängern ist es so, diese Erfahrung wurde wie schon erwähnt im unteren Abschnitt ohne Probleme gemacht. In fünf Jahren ist nur ein Autoselbstunfall passiert. Auf dem kombinierten Fuss- und Radweg gibt es schlicht und einfach keine Probleme und dieser Abschnitt ist noch steiler, als jener, der oben noch kommt. Das darf man nicht ausser Acht lassen, wenn man sich immer auf die Sicherheitsbedenken beruft. Und jene, die gerne schlendern, können auf dem Trottoir auf der anderen Strassenseite schlendern und die Tasche schwenken, falls dies einem so wichtig ist. Zu den Road Safety Audits sagt die Gemeinderätin, dass man alle künftigen Projekte künstlich aufblähen kann und künstliche Kosten generieren kann. Aber hier wurde ein Verkehrsplaner beigezogen, der selbstverständlich auch der Verkehrssicherheit verpflichtet ist und dementsprechend wurde das Projekt unter Verkehrssicherheitsaspekten angeschaut. Gegen die Unterstellung, dass die Sicherheit ausser Acht gelassen wurde, muss sich die Gemeinderätin sehr verwahren. Genau dafür gibt es Verkehrsplaner, weil sie sich die Verkehrssicherheit genau anschauen und in dieser Hinsicht beraten.

Thomas Hafner, CVP möchte etwas erwähnen, das heute noch nicht gross erwähnt wurde. Der Durchgangsfussweg auf der Gemeindestrasse mit 40km/h zwischen dem Kronenplatz und Neuweilerplatz Basel/Allschwil ist eine sehr wichtige Durchgangsverbindung für Binningen und soll nicht verschlechtert und durch eine Fahrbahnverengung noch mehr behindert werden. Wenn die Fahrzeuge nicht überall ungehindert aneinander vorbeifahren können, wird die Verkehrssituation verschlechtert und gefährliche Situationen gefördert. Der Redner tendiert zu einer Rückweisung. Diese wäre eine Chance für eine Verbesserung des Projekts. Das Projekt ist nicht ganz schlecht, aber es gibt sicher Verbesserungspotenzial. Einen Zeitdruck gibt es nicht. Die geplante Sanierung darf einfach keine Verschlechterung für den Durchgangsverkehr bringen. Alle Motorfahrzeuge können im ganzen Abschnitt mit angepasster Geschwindigkeit gefahrenlos aneinander vorbeifahren. Dies ist in der neuen Planung, wo die Strasse bei 5m Breite ist, gar nicht möglich und es gibt mehrere Stellen, wo sie nur 5m breit ist. Der Redner hält den Antrag von Daniel Zimmermann für sehr sinnvoll.

Daniel Zimmermann, FDP stellt klar, dass er Antrag nicht von ihm alleine sondern von der ganzen Fraktion kommt. Er möchte noch zwei Sachen sagen und beginnt beim RSA. Die FDP-Fraktion hat nicht behauptet, dass der Verkehrsplaner bei diesem Projekt nicht sauber gearbeitet hat. Das RSA beabsichtigt auch nicht, den Planer schlechtzureden. Das RSA ist ein Qualitätsmanagementsystem, welches mit einem Vier-Augen-Prinzip Schwachstellen aufzeigen soll, die letztlich nicht so offensichtlich erkennbar sind. Ob sich diese Kosten lohnen oder nicht, muss die Gemeinde entscheiden. Es ist als Hinweis gemeint, dass dies sinnvoll ist. Vielleicht ist es auch nicht bei jedem Projekt notwendig, vielleicht ist der Antrag ein wenig zu scharf formuliert. Aber es gibt im Einwohnerrat nicht jeden Monat ein Strassenprojekt zu beschliessen, von dem her kann nicht von Unmengen an Summen gesprochen werden. Auf die Frage von Andrea Alt möchte der Redner antworten, dass es tatsächlich auf einer 300m langen Strassenstrecke acht Verengungen in Form von Seitenstrassen, Fussgängerinseln oder Parkplätzen gibt. Acht Verengungen auf 300m Strasse bedeuten, dass es alle 40m eine Verengung gibt. Auf dieser Strasse fahren täglich 7'000 Autos durch und es gibt alle 40m eine Verengung, auf denen man sich offenbar kreuzen kann, aber auch bei 5m ist das Kreuzen ein äusserst interessantes Wagnis, denn normalerweise ist

bei einer Fussgängerinsel von 3,25 die Rede. Dies kann man machen. Bei 4,75m wird es kritisch, dort kann man es nicht mehr machen mit den Spiegeln von den grossen Autos. Fakt ist, dass dieses Bremsen und Beschleunigen alle 40m zu einer Belastung führt, die in diesem Projekt nicht gewollt ist.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte sich hierzu nochmals äussern. Es ist tatsächlich so, dass es heute schon Verengungen gibt. Wer sich die Mühe macht und diesen Strassenabschnitt ein wenig beobachtet, der sieht, dass es heute schon nicht möglich ist, in ungehindertem Tempo, was grundsätzlich auch gut ist, dort hindurchzurasen. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind grundsätzlich froh, wenn die Attraktivität für den passierenden Schleichverkehr allenfalls ein wenig minimiert wird und der eine oder andere Lastwagen weniger dort oben durchfährt, der auch über die Hauptstrasse fahren könnte, aber den Weg oben nimmt, weil die vermeintlich ein wenig schneller geht. Zur Verlangsamung möchte die Gemeinderätin sagen, dass es in der ganzen Schweiz interessante Projekte gibt, das berühmteste davon ist wohl „a shared space“ in Köniz. Dort wurde festgestellt, dass Tempo 30 funktioniert und der Verkehr viel flüssiger ist, wenn man kontinuierlich bei 30km/h fährt, als wenn man zwischendurch 50km/h hat und dann kommt immer wieder eine Ampel oder ähnliches. Wenn alle ein langsames Tempo einhalten, kommen alle relativ gut aneinander vorbei. An zwei Stellen gibt es 4,75m Breite und das bei Parkplätzen, die zu 30 %, wenn überhaupt, belegt sind. An den restlichen Stellen sind es 6,55m bis 5m, wo das Kreuzen von Personenwagen möglich ist. Die Gemeinderätin denkt, dass die Kreuzungsmöglichkeit, die an der einen oder anderen Stelle vermindert ist, in eine gewisse Relation gesetzt werden muss.

Urs Brunner, SVP versteht nicht, wieso man am Neubadrain nicht eine Reduktion der Geschwindigkeit von 40km/h auf 30 km/h vornimmt. Das würde seiner Meinung nach eine Verkehrsberuhigung bringen.

Roman Oberli, SVP möchte auch auf die Verkehrsberuhigung eingehen. Das sind alles Projekte, die mehr oder weniger unter Laborbedingungen stattfinden. Es ist auch bei Tempo 30 so, dass es Ampeln und andere Gegebenheiten gibt, die zur Verlangsamung führen. Der Redner sieht eine Temporeduktion deshalb generell als kritisch. Der Blick auf Deutschland zeige, dass es auch mit höheren Geschwindigkeiten sehr gut geht. Sofern das Geschäft zurückgewiesen wird, möchte der Redner den Gemeinderat bitten, bei einem neuen Projekt auf einen Parkplatzabbau zu verzichten. Er findet es relativ witzig, wie bei jedem Projekt, wo ein Parkplatzabbau stattfinden soll, und dies käme des Öfteren vor, dies kein Problem sein sollte. Es werden wahrscheinlich so lange Parkplätze abgebaut, bis es gar keine mehr hat und das ist dann wohl auch kein Problem.

Ralf Büchel, SP findet es absolut wichtig, dass der Fahrradweg weiter geführt wird, der vom Neubad aus geht. Die SVP-Fraktion hat vorgeschlagen, dass man da nicht macht, aber es ist absolut wichtig, dass dieser weitergeführt wird und es eine Fahrradrouten gibt. Der Fahrradweg beginnt beim Neubad und kann nicht plötzlich auf Höhe Allschwilerweg aufhören. Die erhöhte E-Mobilität, die heute gesehen werden kann, spielt hierbei auch eine Rolle. Die Leute haben zunehmend E-Bikes und können ohne Probleme über diesen Hügel fahren. Ein marginal markierter Fahrradstreifen, wie die FDP-Fraktion ihn vorschlägt, ist dem Redner zu wenig. Da ist das Projekt mit dem kombinierten Fuss- und Radweg bestimmt viel besser. Wo der Redner jedoch auch Bedenken hat, sind die beiden Parkplätze vor der Paradieskirche und dort gibt es tatsächlich nur noch eine Breite von 4,45m. Diese Parkplätze müsste man dann eigentlich aufheben. Hier sieht der Votant eine Problematik und verweist auf den Kommentar von Daniel Zimmermann mit den vielen Verengungen. Dies stimmt, es gibt acht Verengungen, wobei Tempo 40 dann wahrscheinlich gar nicht mehr möglich ist, da kann man auch gleich auf Tempo 30 zurückfahren, was auch eine Möglichkeit wäre. Das Projekt ist sicher gut aber für den Redner gibt es auch noch gewisse Vorbehalte.

Stefan Appenzeller, SP hat jetzt lange zugehört und ist zunehmend verwirrt über diese Diskussion und will jetzt auch noch etwas dazu sagen. Er fragt sich, was die Seite vis-à-vis (SVP und FDP) will. Tempo 30, eine verkehrsberuhigte Strasse und mehr Sicherheit oder will sie eine schnelle Durchgangssachse, damit

die Leute vom hinteren Leimental, die nach Basel wollen, eleganter die Paradiesstrasse und den Neubadrain passieren können und dazu eine besonders breite Strasse? Beides gleichzeitig geht nicht. Es gibt nicht mehr Parkplätze und gleichzeitig eine breitere Strasse, das geht nicht. Man kommt heute schon bei den Parkplätzen nicht so flüssig durch, wenn auf dem Parkplatz ein Auto steht. Dies ist nicht immer der Fall, weshalb man gelegentlich auch schneller fahren kann. Jetzt muss man überlegen was einem wichtiger ist: Ist es uns wichtig, diese Strasse zu einer schnellen bzw. halbschnellen Durchfahrachse auszubauen oder wollen wir etwas für die Anwohner in diesem Quartier tun, also Verkehrsberuhigung, Lärmsanierung und mehr Sicherheit für Fahrradfahrende schaffen? Der Redner sieht einen klaren Entscheid bei der zweiten Variante und will diese verfolgen. Für eine schnelle Verbindung von A nach B über weitere Distanzen gibt es andere Strassen, die Hauptstrassen und dort muss der Verkehr hin gelotst werden. Der Neubadrain sollte eine verkehrsberuhigte Quartierstrasse bleiben. Es ist eine Sammelstrasse aber sollte nicht noch attraktiver gemacht werden.

Marc Schinzel, FDP spricht einen zu Anfang der Beratung von Beatrice Büschlen gefallen Kommentar an, womit sie der FDP-Fraktion gewisse sinistre Absichten unterstellt hat. Der Redner teilt mit, dass er an der Fraktionssitzung bekanntlich dabei war und sagen kann, dass in der FDP sehr intensiv und lange über dieses Projekt diskutiert wurde. Er will sagen, dass die Fraktion eigentlich nur über den Sicherheitsaspekt geredet hat. Dies stand wirklich im Zentrum und das konnte man auch aus den Voten der FDP-Fraktion heraushören. Die Verengungen bereiten Sorge. Die Situation ist heute schon nicht gut und das ist der Fraktion bewusst. Sie wird jedoch aus Sicht der FDP durch dieses Projekt nicht verbessert. Es steht ausserdem nicht zur Debatte, die Geschwindigkeit zu erhöhen oder dass die Durchschnittsgeschwindigkeit schneller werden soll, sondern es wird ein flüssiger Verkehr gewünscht ohne, wie es Peter Sala gesagt hat, in eine Sandwich-Position zu gelangen. Jetzt wird diese Sandwich-Position vergrössert, was auch unangenehm ist, wenn man mit 20km/h unterwegs ist. In dieser Hinsicht ist das Projekt einfach nicht reif und deshalb ist die Rückweisung aus Sicht der Fraktion nötig. Es wurde auch erwähnt, dass in der FDP-Fraktion auch Unfälle erlebt wurden. Dies war die Diskussion der FDP, möchte der Votant festhalten.

Pascal Treuthardt, FDP meint, dass die Idee von Stephan Appenzeller mit der schnellen Achse, wie es früher mit der 50er-Zone war, durchaus einen Gedanken wert ist. Genauso wie die Sicherheit durch ein Fahrradfahrverbot zu erhöhen. Denn der schlaue Fahrradfahrer fährt, wenn er von Neuweilerplatz zum Kronenplatz will, nicht über diesen Hügel. Es gibt viele schöne, flache und viel ruhigere Zonen, die viel angenehmer für einen Fahrradfahrer sind. Die, die dort hochfahren, müssen oben irgendwo abbiegen und fahren nicht auf der anderen Seite direkt wieder ins Tal. Aber es ist eine Quartierentlastungsstrasse und der Redner ist der Meinung, dass eine 40er-Zone langsam genug ist. Schneller muss es nicht gehen, aber der Verkehr muss, gerade weil es so viele Autos sind, flüssig fliessen können und es gibt weder eine Beschleunigung noch eine Verlangsamung. Es ist Tempo 40 und somit schon langsam genug. Man sieht es bei den talfahrenden Fahrrädern: Da halten sich viele nicht an die 40er-Beschränkung, weil man auch einfach schneller bergab fahren kann. In dieser Hinsicht will der Votant die Aussage aufnehmen, dass dies kein schlechtes Projekt sei. Seiner Ansicht nach überwiegen die schlechten Merkmale um einiges und man würde für einen Haufen Geld eine deutlich schlechtere Strasse kriegen, als sie jetzt existiert. Hiermit würde dem Bürger schlicht und einfach Unrecht getan werden und es würde dazu führen, dass noch mehr Autofahrer in die Quartierstrassen fahren. Das gleiche gilt, wenn man auf dieser Strasse Tempo 30 einführen würde: Dann kann man genauso gut durch das Wohnquartier fahren und nicht mehr über die Quartierentlastungsstrasse. Genau das soll nicht geschehen und der Verkehr soll dort bleiben, wo er gut fliessen kann und nicht in die Wohnquartiere gelenkt werden.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP will nun zu den Rückweisungsanträgen schreiten. Es liegen Rückweisungsanträge von der SVP und der FDP vor. Die Präsidentin wendet sich an Daniel Zimmermann und spricht ihn auf dessen Aussage an, dass der zweite Antrag wohl etwas scharf formuliert sei, an. Sie möchte wissen, ob dieser Antrag zu einem späteren Zeitpunkt mit einer Motion oder einem anderen Vorstoss nochmals gebracht werden kann.

Daniel Zimmermann, FDP meint, dass es manchmal ein wenig Schärfe brauche. Wie er bereits sagte, liegt nicht an jeder Einwohnerratssitzung ein Strassenbauprojekt vor und denkt, dass für die wenigen Projekte, die in den nächsten fünf Jahren stattfinden werden, sich dies sicher lohnen würde und möchte den Antrag deshalb aufrechterhalten.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP bittet die zuständige Gemeinderätin, hierzu Stellung zu nehmen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP findet es völlig sachfremd, solch einen generellen Antrag im Zusammenhang mit diesem konkreten Projekt zu stellen. Wenn man dies grundsätzlich einführen möchte, solle man ein Postulat einreichen und dann kann diese Frage separat diskutiert und darüber entschieden werden. Aber im Zusammenhang mit einem konkreten Geschäft einen Antrag auf die generelle Einführung der Road Safety Audits zu stellen, geht gar nicht.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP liest den Antrag der FDP-Fraktion vor.

Antrag zu Geschäft Nr. 173 der FDP-Fraktion

Der Unterzeichnende stellt im Auftrag der FDP-Fraktion Binningen folgende Anträge:

1. Das Geschäft ist mit den folgenden Empfehlungen an den Gemeinderat zurückzuweisen:
 - Neuzeitliche Strassensanierung ohne Verengungen und Verkehrsschikanen
 - Die Koordination der Werkleitungen ist anzustreben
 - Normgerechte Velostreifen-Markierung (event. Bergwärts 1.75m)
 - Einsatz von einem lärmdämmenden Belag
 - Das überarbeitete Projekt soll einem RSA – Road Safety Audit unterzogen werden
2. Bei sämtlichen zukünftigen Strassenbau-Projekten, welche dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden, wird vorgängig zur Überprüfung der Verkehrssicherheit ein RSA – Road Safety Audit durchgeführt.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP hat vorhin etwas vergessen im Zusammenhang mit dem generellen Antrag auf Road Safety Audits. Wenn der Einwohnerrat dem zustimmt, dann geschieht dies in absoluter Unkenntnis der Kosten, die damit verursacht werden. Gerade die FDP-Fraktion, die immer sehr kostenbewusst ist, was auch in Ordnung ist, soll es auch in diesem konkreten Fall sein. Die Gemeinderätin rät dazu, dies in einem separaten Postulat zu verlangen und dann kann abgeklärt werden, was dies zeitlich, finanziell und personell bedeutet und was für Ressourcen benötigt werden. Aber dies soll jetzt nicht überstürzt werden, indem solch ein sachfremder Antrag gestellt wird.

Daniel Zimmermann, FDP sagt, dass man durchaus auf diesen zweiten Antrag zurückkommen und diesen zurücknehmen kann, wenn dies wie eine Zwängerei daherkommt. Wenn die FDP dies zu einem späteren Zeitpunkt mit einem politischen Vorstoss bringen kann, ist das der Fraktion auch recht. Um die Kostensituation etwas klarer zu machen, teilt der Redner mit, dass solch ein RSA zwischen CHF 5'000 – 15'000 pro Projekt kostet. Wenn man dies auf die Gesamtkosten von einer Million Franken umrechnet, ist dies absolut nebensächlich. Man kann also nicht von Kosten sprechen, die ein Projekt enorm verteuern. Diese Expertise dauert in der Regel ein bis zwei Tage und das Ingenieurhonorar beträgt wie gesagt je nach Aufwand CHF 5'000 – 15'000. Dies zur Erläuterung. Der Votant äussert, dass die FDP den Antrag selbstverständlich gerne zurücknimmt und diesen später als separaten Vorstoss einreicht. Im Rückweisungsantrag (Antrag 1) soll der RSA bei diesem Projekt aufgrund der langen Diskussion in Bezug auf die

Verkehrssicherheit jedoch beibehalten werden, damit der Einwohnerrat eine Planungssicherheit bekommt.

Gaida Löhr, SP ist nach wie vor verwirrt. Dass man ein Geschäft zurückweist, kommt häufig vor. Dass man Empfehlungen in irgendeiner Form mitgibt, ist auch üblich. Dass man bei der Rückweisung aber ganz klar mitteilt, was die eigenen Vorstellungen sind und diese in Auftrag gibt, anstatt diese zu empfehlen, ist für die Rednerin ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn der Gemeinderat das alles bringen würde, gäbe es eine Detailberatung über die verschiedenen Anträge, die gestellt werden. Jetzt gibt es ein Sammelbecken von Dingen, in dem zurückgewiesen wird und genau vorgeschrieben wird, wie man es gerne hätte. Das findet die Votantin unmöglich, genauso wie den zweiten Antrag. Sie wäre froh, wenn man einen einfachen Rückweisungsantrag stellen und den Rest als Empfehlung mitgeben könnte.

Daniel Zimmermann, FDP wendet sich an Gaida Löhr und findet, dass von den fünf Punkten im ersten Antrag zwei im Projekt bereits enthalten sind. Diese sind die Koordination der Werkleitungen und der lärm-dämmende Belag. Die anderen sind aus der Debatte und der Diskussion heraus bestrittene Punkte und diese sollen dem Gemeinderat als Hinweis mitgegeben werden, damit dieser weiss, was die Kritik an diesem Projekt ist. Es wird letztlich, wenn das vorliegende Projekt jetzt nicht genehmigt wird, auf ein Projekt ohne Verengungen herauslaufen, das kann gar nicht anders sein. Wenn der Wunsch besteht, dies als Empfehlung mitzugeben und die Gefahr zu laufen, dass wieder ein solches Projekt kommt und erneut diskutiert werden muss, kann man dies machen. Der Antrag sei aber eigentlich klar formuliert.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP möchte nun über den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen, mit den Aufträgen als Empfehlungen.

ABSTIMMUNG

Rückweisung: 20 JA / 18 NEIN (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Traktandum 8, 9, 10,11 und 12

BESCHLUSS

://: Vershoben.

Beantwortung der Anfragen

Anfrage SVP-Fraktion: Islamisches Kulturzentrum in Binningen auf Zielgeraden

Nr. 178

Eva-Maria Bonetti, FDP beantwortet die Anfrage der SVP bezüglich dem Islamischen Kulturzentrum wie folgt.

1. Wer hat die Einsprache zurückgezogen? Der Kanton oder die Gemeinde Binningen?

Der Gemeinderat kann nur über seine eigene Einsprache informieren. Die Eigentümerschaft hat am 30.09.2019 beim Bauinspektorat in Liestal das geforderte Verkehrsgutachten eingereicht. Daraus geht plausibel hervor, dass das Parkplatzangebot für die geplante Nutzung ausreichend ist. Somit ist die gemachte inhaltliche Einsprache des Gemeinderats gegenstandslos und zurückzuziehen. Der Gemeinderat steht dem Projekt Kulturzentrum des VIKZ an der Baslerstrasse nach wie vor äusserst kritisch gegenüber. Doch sind die rechtlichen Möglichkeiten auf Stufe Gemeinde nun ausgeschöpft. So kann lediglich noch die Auflage gemacht werden, dass in der Bewilligung die maximale Besucherzahl gemäss Parkplatzberechnung zur Baueingabe auf 60 Personen festzuschreiben ist.

2. Wurde die Bewilligung zum Betrieb dieses Zentrums davon abhängig gemacht, ob ein Internat betrieben wird oder nicht?

Es war die Entscheidung der Eigentümerschaft mit den bereinigten Plänen (Eingang Bauinspektorat am 20.06.2019) auf das Internat zu verzichten.

3. Wenn das ursprüngliche Konzept eines Internats nicht mehr verfolgt wird, was ist dann der Sinn und Zweck dieses Zentrums?

Im Betriebs- und Nutzungskonzept (Eingang Bauinspektorat am 20.06.2019) ist folgendes festgehalten: „Es ist beabsichtigt das Objekt für religiöse Dienste zu nutzen. Die allumfassende religiöse Betreuung gehört zu den zweckmässigen Aufgaben des VIKZ. In Basel möchte er seinen Gemeindemitgliedern und anderen Muslimen, die seine Einrichtung besuchen, die Ausübung ihrer Religion ermöglichen. Daher soll im Sockel- und Erdgeschoss ein islamisches Kulturzentrum mit zwei Gebetsräumen für Männer und Frauen, Aufenthaltsräume sowie sanitären Anlagen für die rituelle Waschung vor den Gebeten Möglichkeiten für die Erfüllung der religiösen Aufgaben bieten.“

4. Ist der Gemeinderat über das Verkehrskonzept des Islamischen Kulturzentrums informiert?

Ja.

5. Wie ist das Parkplatzproblem bei der Liegenschaft Binneringerstrasse 9 gelöst?

Das geforderte Verkehrsgutachten belegt, dass das Parkplatzangebot vor dem Gebäude und in den beiden unterirdischen Einstellhallengeschossen für die geplante Nutzung ausreichend ist.

6. Das Islamische Kulturzentrum hat einmal angekündigt, die Bevölkerung im Rahmen eines Tages der offenen Tür zu informieren. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingehalten. Warum fand dieser Tag der offenen Tür noch nicht statt? Wird der Gemeinderat die Verantwortlichen des Kulturzentrums daran erinnern? Findet eine Kommunikation zwischen dem Gemeinderat und dem Kulturzentrum statt?

Diese Frage kann nicht von der Gemeinde beantwortet werden, sondern ist Sache des VIKZ. Dem Gemeinderat liegt keine solche Ankündigung oder Einladung vor, entsprechend gibt es keine Kommunikation zu diesem Thema.

7. In der Schweiz sorgen radikale Imame mit ihren Hasspredigten immer wieder für Aufruhr. Was unternimmt der Gemeinderat, um die Moschee und die darin predigenden Imame zu überwachen?

Die hier geforderte Massnahme einer präventiv-polizeilichen Überwachung ist Aufgabe des Nachrichtendienstes des Bundes sowie der kantonalen Nachrichtendienste.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Anfrage und schreitet zur Beantwortung fort.

1. *Hat der Gemeinderat die Forderung nach einem 100 % Wärmemix bei der Primeo bereits deponiert? Wenn ja, mit welcher Rückmeldung?*

Nein, diese Forderung wurde nicht deponiert. Die Primeo ist verpflichtet, mindestens 50 % zu liefern und es gibt im Moment keinerlei Anzeichen dafür, dass sie das schafft. 100 % waren deshalb bisher noch kein Thema.

2. *Wenn nein, wie gedenkt der Gemeinderat da weiter vorzugehen?*

Der Gemeinderat wird weiterhin auf dem Ziel von mindestens 50 % beharren. Er sieht aber auch, dass die Primeo im Moment keine Idee hat, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Der Gemeinderat wird sich jedoch weiterhin dafür einsetzen, dass Lösungen gefunden werden, um mindestens 50 % oder sogar noch mehr zu erreichen.

3. *Auf der Webseite der Primeo ist Fernwärme für Privatkunden nicht aufgeschaltet. Für Geschäftskunden wird Wärmecontracting angeboten. Der Flyer auf der Binninger Webseite ist veraltet. Ist ein Ausbau mit Neukunden bzw. mit Privatkunden nicht mehr vorgesehen?*

Diese Frage müsste grundsätzlich die Primeo beantworten. Der Gemeinderat weiss nicht, was die Primeo vorsieht und was nicht. Die Tatsache, dass die Primeo Mühe hat, Wärmeenergie in der geforderten Qualität und Menge zu liefern und es keine konkreten Ideen gibt, wie sie das machen sollte, spricht eher dafür, dass dieser Stellenwert mässig hoch ist.

4. *Wie schätzt der Gemeinderat den Stellenwert der Fernwärme bei der Primeo ein?*

Der Gemeinderat schätzt den Stellenwert wie gesagt in Anbetracht der Gesamtumstände mässig hoch ein. Vor allem, weil sich die Primeo einer möglichen alternativen Lösung widersetzt.

5. *Hat der Gemeinderat auch mit anderen Energiedienstleistenden wie IWB oder EBL über den Bezug von Fernwärme für die Binninger Abonnenten das Gespräch gesucht?*

Nach der letzten Einwohnerratssitzung, an welcher dem Standort Spiegelfeld eine Absage erteilt wurde, ist die IWB ihrerseits auf den Gemeinderat zugekommen und hat das Gespräch gesucht. Im Verwaltungsrat der IWB gab es diesen Sommer eine neue Zusammensetzung, was zu einem Strategiewechsel geführt hat. In dieser wird der Fernwärme ein höherer Stellenwert eingeräumt, als dies vorher der Fall war, so die Auskunft der IWB. Die IWB wäre grundsätzlich bereit und mittelfristig auch in der Lage, Binningen die erwünschte Wärmeenergie zu liefern. Dies jedoch nicht an die Primeo, sondern direkt an die Gemeinde Binningen. Dies wiederum würde bedeuten, dass die Primeo dieses Netz wieder verkaufen würde und dem widersetzt sie sich. Die Primeo hat diesem Anliegen eine Absage erteilt. Gespräche mit der EBL gab es keine, weil es dort dasselbe Problem gäbe, wie mit der IWB. Die EBL hat keinen Netzzugang, weshalb auch sie ihre Wärme der Primeo verkaufen müsste, welche es zu einem höheren Preis weiterverkaufen würde und dies ist nicht im Sinne der Abonentinnen und Abonnenten der Wärmeenergie.

6. *Wenn Nein, wird er dies noch machen und mit welchen Anbietern ist ein Gespräch vorgesehen?*

Wie gesagt sucht der Gemeinderat immer noch nach einer Lösung mit der IWB und Primeo. Diese Gespräche werden weitergeführt, um im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner von Binningen eine gute Lösung zu finden. Wie die Gespräche ausgehen, kann man im Moment nicht sagen.

Diversa

Die nächste ordentliche Sitzung findet am Montag, 9. Dezember 2019 statt und beginnt bereits um 19.00 Uhr. Anschliessend gibt es einen kleinen Apéro der SVP.

ER-Sitzung vom 4. November 2019

			Traktandenliste	Gesch. Nr. 177		Gesch. Nr. 177				Gesch. Nr. 138	Gesch. Nr. 172		Gesch. Nr. 173
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
			Anpassung der Traktandenliste	Annahme des neuen §14a	Leerlauf	Verzicht auf zweite Lesung	Beschluss der Teilrevision	Inkraftsetzung revidiertes Polizeireglement nach Genehmigung	Abschreibung Postulat 137 und Motion 135	Genehmigung Inv.ausgabe für Vorprojekt Plus Werkhof	Genehmigung Statuten Region Leimental Plus	Beitritt Verein Region Leimental Plus bei dessen Gründung	Rückweisung
Nr.	Name	Fraktion											
1	Büschi	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
2	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
3	Hauri	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
4	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
5	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
7	Appenzeller	SP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
8	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
9	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
10	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
11	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
12	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
13	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
14	Spitz	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
16	Tribolet	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
18	Amacker	CVP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Frauchiger	FDP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Inäbnit	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Karoussos	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Maier	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Schinz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Setz	FDP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Treuthardt	FDP	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Blaser	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Brunner	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Bürgin	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Fankhauser	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Keller	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Not voted	Ja	Ja	Ja
39	Schlup	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Weber	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL													
Ja			37	24	36	29	27	27	28	37	38	38	20
Nein			0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	18
Enthaltungen			0	10	1	9	10	11	10	0	0	0	0
			37	35	38	38	38	38	38	37	38	38	38